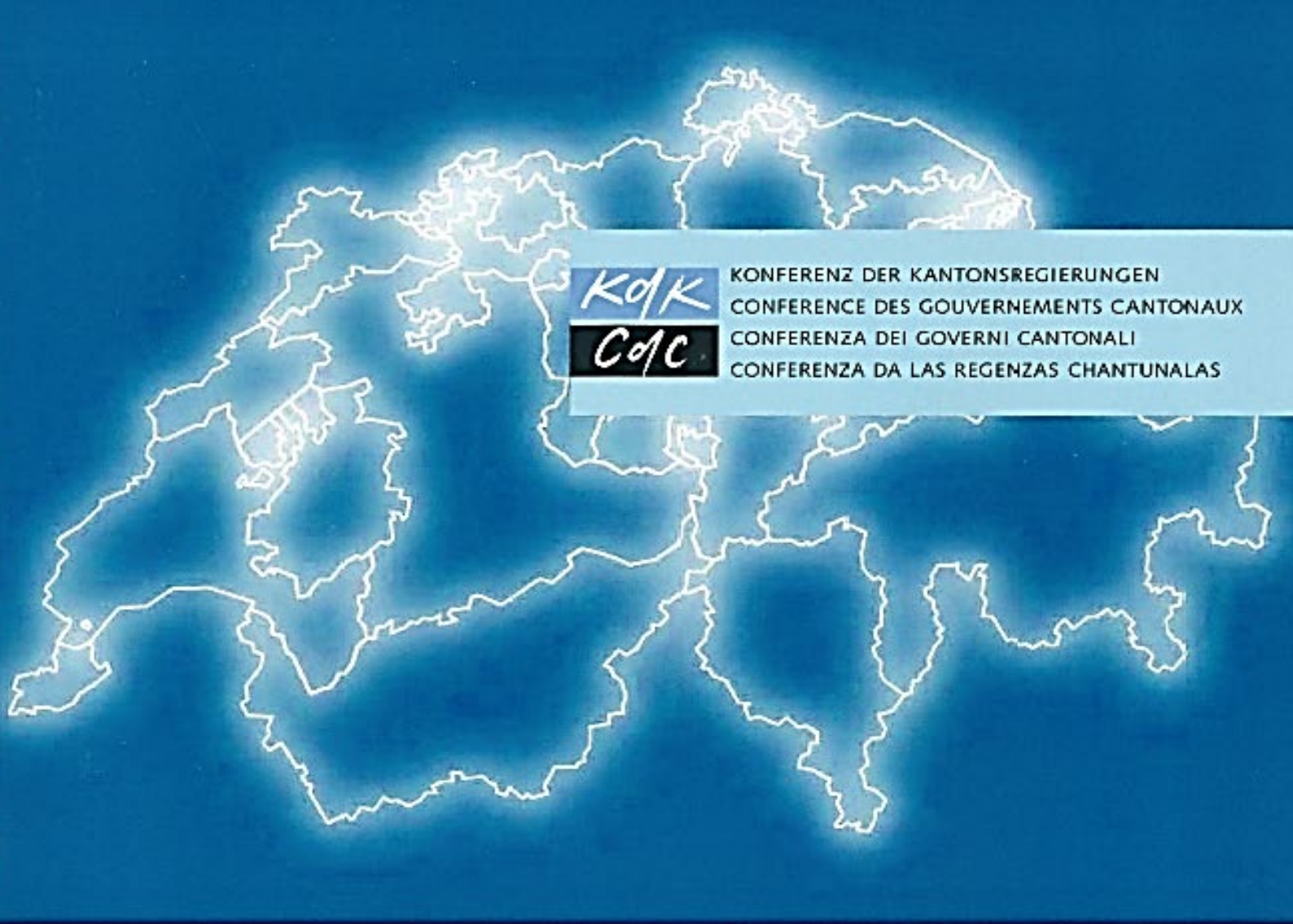




KdK

CdC

KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Jahresbericht 2011 KdK Rapport annuel 2011 CdC

Jahresbericht 2011 KdK

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	3
1 Organisation.....	4
1.1 Plenarversammlung.....	4
1.2 Leitender Ausschuss.....	5
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	5
1.4 Sekretariat	6
2 Tätigkeit	8
2.1 Arbeitsschwerpunkte	8
2.1.1 Plenarversammlung.....	8
2.1.2 Leitender Ausschuss	13
2.1.3 Stellungnahmen	14
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	18
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen ..	19
2.2 Weitere Aktivitäten.....	20
2.2.1 Allgemeines.....	20
2.2.2 Aussenpolitik	22
2.2.3 Innenpolitik	23
2.2.4 Mandate	25
3 Rechnung	27
Anhänge / Annexes	59

Einleitung

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2011 zurück. Sie konnte ihre Beziehungen mit wichtigen Partnern weiter stärken und die bundesstaatliche Zusammenarbeit in verschiedenen innen- und aussenpolitischen Geschäften vertiefen. Dabei hat es sich erneut als zielführend erwiesen, dass die Kantone ihre Anliegen bündeln und danach aktiv und mit einer Stimme in den Willensbildungsprozess auf Bundesebene einbringen.

Innerstaatlichen Reformen zur Festigung von Föderalismus und Demokratie sind bei einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen zur EU unerlässlich. Diese Haltung wurde von den Kantonen im Juni 2011 bekräftigt und gleichzeitig dahingehend präzisiert, dass die bestehenden verfassungsrechtlichen Informations- und Mitwirkungsrechte in der Aussenpolitik gestärkt werden sollen. So ist Umfang und Zeitpunkt der Informationen klarer festzulegen, die Frage der Gewichtung kantonaler Stellungnahmen zu verbessern, die Zusammenarbeit auf technischer und politischer Stufe zu intensivieren und zu prüfen, wie Divergenzen betreffend Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen rechtlich geklärt werden können. Diese Forderungen sind nicht Selbstzweck, sondern dienen schliesslich dazu, die Qualität in europapolitischen Entscheidungen zu verbessern und die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz zu stärken. Nur wenn die Kantone in die Entscheidungsfindung des Bundes eng einbezogen werden, können sie den mit dem bilateralen Weg verbundenen Autonomieverlust kompensieren und gleichzeitig ihre Funktion als wichtiges Bindeglied zwischen Bund und Stimmbevölkerung bei der Vermittlung einer bürgernahen Europapolitik wahrnehmen.

Während des Berichtsjahres beschäftigte sich die KdK zudem mit der Frage, wie die Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone verbessert und verbindlicher geregelt werden kann. Handlungsbedarf besteht beim Einbezug der Kantone in die Planung und Erarbeitung des Vorentwurfs, bei der Berücksichtigung von Umsetzungsfragen im Rahmen der Vernehmlassung, bei der Rückkoppelung zu den Kantonen in der parlamentarischen Phase und bei der Festlegung von Fristen zur Umsetzung von Bundesrecht in den Kantonen. Im Rahmen des Föderalistischen Dialogs zwischen Bundesrat und KdK wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsetzungsqualität und Vollziehbarkeit von Bundesrecht entwickelte.

Im Rahmen eines intensiven und erfolgreichen Verhandlungsprozesses konnten sich Bundesrat und Kantonsregierungen im Jahr 2011 auf die Grundsätze der spezifischen Integrationsförderung einigen. Für die gemeinsame Steuerung dieser Verbundsaufgabe sind die Verständigung auf gemeinsame strategische Programmziele und die Vereinbarung eines klaren Finanzierungsschlüssels zwischen Bund und Kantonen zentral. Im Weiteren sprachen sich die Kantonsregierungen auch für die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) aus. Dabei wurde als wichtiges neues Ziel vereinbart, den Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Die dritte Föderalismus-Konferenz 2011 in Mendrisio unter dem Titel „Föderalismus und neue territoriale Herausforderungen“ bot eine ausgezeichnete Plattform für die Diskussion von aktuellen Fragen rund um den horizontalen und vertikalen Föderalismus. Die KdK stellt sich diesen Herausforderungen auch in der kommenden Zeit mit Freude. In diesem Sinne bedanken wir uns herzlich bei allen, die uns unterstützt haben und sich für die Kantone einsetzten.



Regierungspräsident Pascal Broulis
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN

JAHRESBERICHT 2011

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung



Das Hauptorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich abgehaltene Plenarversammlung, an die jeder Kanton eine Vertretung entsendet. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrätin Regine Aepli Regierungsrat Thomas Heiniger Regierungsrat Markus Notter
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser Regierungsrat Christoph Neuhaus
LU	Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Peter Reuteler
OW	Landammann Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Alois Bissig
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga
ZG	Landammann Matthias Michel
FR	Staatsrat Beat Vonlanthen
SO	Landammann Christian Wanner
BS	Regierungsrat Carlo Conti Regierungspräsident Guy Morin
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro

SH	Regierungspräsident Reto Dubach
AR	Regierungsrat Jürg Wernli
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungspräsidentin Karin Keller-Sutter
GR	Regierungsrat Martin Jäger
	Regierungsrätin Barbara Janom-Steiner
	Regierungspräsident Martin Schmid
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling
	Regierungspräsident Kaspar Schläpfer
TI	Staatsrat Norman Gobbi
	Regierungspräsident Luigi Pedrazzini
VD	Regierungspräsident Pascal Broulis
VS	Regierungspräsident Jean-Michel Cina
	Staatsrat Maurice Tornay
NE	Staatsrat Jean Studer
GE	Staatsrat Pierre-François Unger
JU	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider

1.2 Leitender Ausschuss

Als Führungsorgan der KdK ist der Leitende Ausschuss eingesetzt, dessen Mitglieder aufgrund eines regionalen Schlüssels nominiert werden. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton Vertretung

VD	Regierungspräsident Pascal Broulis, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser
ZH	Regierungsrat Markus Notter, bis 23.06.2011
	Regierungsrätin Regine Aepli, ab 24.06.2011
ZG	Landammann Matthias Michel
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro, bis 23.06.2011
AG	Regierungsrat Roland Brogli, ab 24.06.2011
AI	Landammann Daniel Fässler
GR	Regierungspräsident Martin Schmid, bis 04.12.2011
TI	Regierungspräsident Luigi Pedrazzini, bis 23.06.2011
	Staatsrat Norman Gobbi, ab 24.06.2011
FR	Staatsrat Beat Vonlanthen

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen befindet sich im Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind im Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die KdK verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 25 Personen tätig (19.7 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 22 Personen im Haus der Kantone in Bern und 3 Personen an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2011

Generalsekretärin

- Sandra Maissen

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Judith Stephani, Assistentin Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Martin Rosenfeld, Bereichsleiter (ab 1. Mai 2011)
- Patrick Bergen, Übersetzer
- Christine Bonvin, Übersetzerin, seit 1. September 2011 Leiterin Sprachendienst
- Daniel Boschung, Informatiker
- Susanna Bürki, Leiterin Sekretariat HdK / KdK
- Manuela Furrer, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Silvia Graf, Mitarbeiterin Empfang HdK (ab 1. Oktober 2011)
- Nadia Monaco, Übersetzerin (ab 1. Oktober 2011)
- Alice Pons, Praktikantin (ab 1. September 2011)
- Céline Randier, Übersetzerin (ab 1. November 2011)

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone im Integrationsbüro EDA / EVD, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD
- Felix Imhof, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stellvertreter der Informationsbeauftragten der Kantone im Integrationsbüro EDA / EVD
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters

- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Till Hirsekorn, Wissenschaftlicher Praktikant (ab 1. August 2011)
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Einzelmandate / Projekte

- Walter Moser, Fachstelle NFA

Austritte im Verlauf des Jahres

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Jessica Cathomas, Mitarbeiterin Empfang HdK (bis 31. Oktober 2011)
- Dorothée Ecklin, Übersetzerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters (bis 30. November 2011)
- Teresa Fiordellisi, Praktikantin (31. Mai 2011 bis 31. August 2011)
- Aurélie Schaefer, Übersetzerin (bis 30. April 2011)
- Adrien Schott, Praktikant (bis 28. Mai 2011)
- Vincent Vouilloz, Bereichsleiter (bis 31. März 2011)

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Rahel Vetsch, Wissenschaftliche Praktikantin (1. Februar 2011 bis 15. Juli 2011)
- Tobias Weibel, Wissenschaftlicher Praktikant (bis 31. Januar 2011)

Dienstjubiläen

Manuela Furrer, 15 Jahre

Roland Mayer, 15 Jahre

Nadine Eckert, 10 Jahre

Dorothée Ecklin, 10 Jahre

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 18. März, 24. Juni, 30. September und 16. Dezember ordentliche Plenarversammlungen statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (vgl. Ziff. 2.1.3) befasste sich die Plenarversammlung im Jahr 2011 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

Nationale Föderalismuskonferenz 2011

Am 26. / 27. Mai 2011 fand in Mendrisio (TI) unter dem Titel "Föderalismus und neue territoriale Herausforderungen: Institutionen, Wirtschaft und Identität" die dritte Nationale Föderalismuskonferenz statt. An dieser Konferenz nahmen über 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Verwaltung teil. Die Organisation der Konferenz wurde vom Kanton Tessin sichergestellt. Das Programm wurde wiederum in enger Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam erarbeitet.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Tatsache, dass sich die beruflichen und privaten Beziehungsnetze von immer mehr Menschen über kommunale und kantonale Grenzen hinweg erstrecken. Deshalb wurden im Plenum und in den Workshops neue Formen des horizontalen und vertikalen Föderalismus thematisiert: z. B. die interkantonalen Konferenzen, die Rolle der Agglomerationen und Metropolitanräume sowie die grenzüberschreitenden Beziehungen und innerstaatliche Reformen im Zusammenhang mit den Beziehungen zur EU.

Die Binnenperspektive wurde ergänzt durch Blicke von aussen. Ein spezielles Augenmerk galt dabei den Bestrebungen zur Dezentralisierung in der Europäischen Union am Beispiel Italien. Inhaltlicher Höhepunkt war das Schlusspodium mit Vertretungen der Bundesratsparteien sowie der drei staatlichen Ebenen. Dabei ist es insgesamt gut gelungen, zentrale Herausforderungen und Lösungsansätze herauszuschälen.

Legislaturplanung des Bundes 2011 – 2015

Über die KdK haben die Kantonsregierungen an den letzten drei Legislaturplanungen des Bundes mitgewirkt. Gestützt auf den Bericht des Perspektivstabes der Bundesverwaltung "Perspektiven 2025" konnte der Leitende Ausschuss der KdK Mitte Mai 2011 erste Vorstellungen zu den prioritären Handlungsfeldern und Themen aus kantonalen Sicht einbringen. In einer zweiten Phase nahmen die Kantonsregierungen Ende September 2011 zu den strategischen Vorgaben des Bundesrates (Leitlinien und Ziele) für die kommende Legislatur Stellung und legten der bundesrätlichen Delegation an einer Aussprache auf Regierungsebene ihre Erwartungen zu den prioritären (gesetzgeberischen) Stossrichtungen und Massnahmen dar (siehe Ziff. 2.1.3).

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

In Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Bundesrat und Kantonsregierungen über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13. Juni 2008 hat die Plenarversammlung der KdK ihrem Sekretariat im Dezember 2009 den Auftrag erteilt, eine Übersicht über die auf kantonalen Ebene erforderlichen Fristen für die Umsetzung von Bundesrecht zu erstellen. In der Folge wurden alle Kantone zu ihren Rechtsetzungs-

verfahren bei der Umsetzung von Bundesrecht befragt. Dabei wurde deutlich, dass die Problematik weit über die Frage der Festlegung des Inkraftsetzungszeitpunkts hinausgeht. Die Kantone meldeten weitere Problemfelder und schlugen Verbesserungen vor. Gestützt auf diese Vorarbeiten legte Professor Felix Uhlmann im Auftrag der KdK im Januar 2011 ein Kurzgutachten vor mit Vorschlägen, wie die Anliegen der Kantone zur Umsetzung von Bundesrecht in der Zusammenarbeit mit dem Bund verbindlicher geregelt werden könnten. Im Rahmen des Föderalistischen Dialogs vom 18. März 2011 legte die Delegation der KdK der Delegation des Bundesrates dar, wo aus Sicht der Kantone Handlungsbedarf besteht. Die Delegationen beschlossen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe Bund – Kantone einzusetzen, um auf technischer Ebene Verbesserungsvorschläge zu Umsetzungsfragen zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe, die ihren Schlussbericht zuhanden des Föderalistischen Dialogs vom 16. März 2012 vorgelegt hat, bestand aus Mitarbeitenden der Bundesverwaltung, der Parlamentsdienste des Bundes, des Sekretariats der KdK und der kantonalen Verwaltungen.

Aussenpolitik

Diplomatische Krise Schweiz – Libyen

Im Nachgang zur diplomatischen Krise zwischen der Schweiz und Libyen veröffentlichte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) am 3. Dezember 2010 einen Bericht zum Verhalten der Bundesbehörden in dieser Krise. In diesem Bericht unterbreite die GPK-S dem Bundesrat insgesamt 14 Empfehlungen, wovon sich eine explizit auf die unterschiedlichen Rechtsauffassungen von Bundesrat und KdK betreffend die Mitwirkungsrechte des Kantons Genf in dieser Angelegenheit sowie die Grenzen der aussenpolitischen Kompetenzen des Bundes bezog. Konkret empfahl die GPK-S dem Bundesrat, in enger Zusammenarbeit mit der KdK diese Differenzen zu prüfen und einen entsprechenden Bericht zuhanden der aussenpolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte (APK) auszuarbeiten.

Am 20. April 2011 veröffentlichte der Bundesrat seine Stellungnahme zum Bericht der GPK-S vom 3. Dezember 2010. Betreffend die erwähnte Empfehlung hielt der Bundesrat im Wesentlichen fest, dass er das EJPD und das EDA bereits am 15. Dezember 2010 beauftragt hatte, ihm bis Ende Juni 2011 einen in enger Zusammenarbeit mit der KdK ausgearbeiteten Bericht zuhanden der APK zu unterbreiten.

Anlässlich der Plenarversammlung vom 24. Juni 2012 beschlossen die Kantonsregierungen, dem Berichtsentwurf des Bundesrates zuzustimmen, sofern darin die unterschiedlichen Würdigungen von Bundesrat und Kantonsregierungen transparent aufgezeigt würden. Die Plenarversammlung vom 30. September 2011 nahm schliesslich davon Kenntnis, dass der Bundesrat den Bericht am 6. Juli 2011 verabschiedet hatte und bestätigte ihren früheren Beschluss, die Frage der Grenzen der aussenpolitischen Kompetenzen des Bundes im Rahmen der Diskussionen über die innerstaatlichen Reformen wieder aufzunehmen und weiterzuführen.

Positionsbezug innerstaatliche Reformen

Im Rahmen ihrer europapolitischen Standortbestimmung vom 25. Juni 2010 hatten die Kantonsregierungen festgehalten, dass innerstaatliche Reformen zur Festigung von Föderalismus und Demokratie nicht nur bei einem Beitritt der Schweiz zur EU, sondern auch bei einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen zur EU unterlässlich sind. Die Kantonsregierungen werden deshalb weitere bilaterale Abkommen mit der EU nur dann unterstützen und mittragen, wenn gleichzeitig innerstaatliche Reformen eingeleitet und verankert werden. Gestützt auf umfangreiche Vertiefungsarbeiten und schriftliche Konsultationen der Kantonsregierungen haben die Kantonsregierungen anlässlich der Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 diese Haltung bekräftigt und gleichzeitig die notwendigen Reformen präzisiert.

Bei der Vermittlung einer bürgernahen Europapolitik sind die Kantone ein wichtiges Bindeglied zwischen Bund und Stimmvolk. Diese Aufgabe bedingt allerdings, dass sich die Kantone mit dem vom Bund eingeschlagenen Weg identifizieren können und vom Bund in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die geforderten Reformen sollen sicherstellen, dass die Kantone nicht zu blossen Vollzugseinheiten des Bundes degradiert werden. Der auch mit dem bilateralen Weg verbundene Autonomieverlust der Kantone und der Zentralisierungsdruck müssen durch eine verstärkte Mitwirkung und Mitsprache der Kantone kompensiert werden. Letztlich geht es darum, die Qualität der europapolitischen Entscheidungen zu verbessern, diese besser abzustützen und damit die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Die bestehenden, in Verfassung und im Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik (BGMK) präzisierten Informations- und Mitwirkungsrechte der Kantone sollen nach Auffassung der Kantonsregierungen gestärkt werden. Der Anspruch auf Information in europapolitischen Angelegenheiten ist auszuweiten. Zudem hat die Information der Kantone früher als bis anhin zu erfolgen. Weiter ist die Berücksichtigung und Gewichtung der kantonalen Stellungnahmen klar festzulegen und zu verbessern.

Die bestehenden Kontakte zwischen Bund und Kantonen sollen nach Auffassung der Kantonsregierungen sowohl auf technischer wie auch auf politischer Stufe intensiviert werden. Entscheide sind aber nach wie vor in den bestehenden Gremien gemäss den bestehenden rechtlichen Vorgaben zu fällen. Die Zusammenarbeit unter den Kantonen soll gemäss dem Willen der Kantonsregierungen weiterhin im Rahmen der bestehenden Strukturen der KdK stattfinden und durch die einzelnen Kantone legitimiert werden.

Grundsätzlich sind Divergenzen zwischen Bund und Kantonen im Dialog beizulegen. Die Kantonsregierungen sprechen sich aber auch dafür aus, die Frage eines Vorlage- und Vorprüfungsverfahrens vor Bundesgericht anzugehen und die rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten abzuklären. Unterstützt werden auch die laufenden Bestrebungen, die Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen auszubauen. Insbesondere soll in Zukunft geprüft werden können, ob der Bundesgesetzgeber die verfassungsrechtliche Kompetenzordnung einhält.

Positionsbezug Volksinitiative Staatsvertragsreferendum

Anlässlich der Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 lehnten die Kantonsregierungen die Volksinitiative "Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)" ab. Die Zustimmung von Volk und Ständen soll sich nach Auffassung der Kantonsregierungen auf Staatsverträge mit verfassungsrechtlicher Tragweite beschränken. Die Kantonsregierungen unterstützten aber den vom Bundesrat vorgeschlagenen direkten Gegenentwurf. Dadurch wäre auch auf Verfassungsebene der Parallelismus zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht hergestellt worden. Rechtliche Bestimmungen in Staatsverträgen, welche Gesetzescharakter haben, sollen dem fakultativen Referendum unterstehen. Rechtliche Bestimmungen mit Verfassungscharakter sind hingegen dem obligatorischen Referendum und damit der Zustimmung von Volk und Ständen zu unterstellen.

Innenpolitik

Zukünftige Ausgestaltung der Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der Integrationsförderung

Gestützt auf entsprechende Empfehlungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz sowie auf Vorarbeiten des Bundes und der Kantone diskutierten die für die Integration zuständigen kantonalen Regierungsmitglieder im Januar 2011 mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin EJPD, über die Ausgestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung. Es wurde vereinbart, gemeinsam die Grundsätze der zukünftigen

Zusammenarbeit in der spezifischen Integrationsförderung zu erarbeiten. Im Rahmen eines intensiven Verhandlungsprozesses konnten sich die EJPD-Vorsteherin und der KdK-Präsident auf Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrates und der Kantonsregierungen verständigen. Im Rahmen einer Konsultation der KdK im Sommer 2011 nahmen die Kantonsregierungen das Verhandlungsergebnis sehr positiv auf. Zentral sei die Verständigung auf gemeinsame strategische Programmziele und einen klaren Finanzierungsschlüssel Bund – Kantone, der im Sinne der fiskalischen Äquivalenz dem Gedanken der gemeinsamen Steuerung dieser Verbundaufgabe entspreche. Begrüsst wurden auch die Änderungen der Finanzierungsmodalitäten im Asyl- und Flüchtlingsbereich, die zu einer Erhöhung der Planungssicherheit führen. Gestützt darauf hat die Plenarversammlung am 30. September 2011 die Grundsätze der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung einstimmig verabschiedet.

Am 23. November 2011 stimmte auch der Bundesrat den Grundsätzen der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung als Teil seines nationalen Integrationsplans zu. Gleichzeitig verabschiedete der Bundesrat die Vernehmlassungsvorlage für die Revision des Integrationsrechts des Bundes (Teilrevision Ausländergesetz AuG). Gemeinsam mit dem KdK-Präsidenten informierte die EJPD-Vorsteherin noch am selben Tag an einer Medienkonferenz über die Beschlüsse. Der KdK-Präsident betonte, dass die Zustimmung der Kantonsregierungen zu den Grundsätzen der Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung unter dem grundsätzlichen Vorbehalt steht, dass das Verhandlungsergebnis durch die geplante Revision des Integrationsrechts des Bundes nicht übersteuert werde.

Erneuerung der Rahmenvereinbarung Bund – Kantone bezüglich der E-Government Zusammenarbeit in der Schweiz

Die im Jahr 2007 abgeschlossene Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz lief Ende 2011 aus. Um die Kontinuität der E-Government-Strategie Schweiz sicherzustellen, haben der Bund und die Kantone die Erneuerung der Rahmenvereinbarung gemeinsam vorbereitet und führten im Sommer 2011 eine Vernehmlassung durch. Gestützt auf die Rückmeldungen der Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung vom 30. September 2011 eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone. Die Stossrichtung zur Erneuerung der Rahmenvereinbarung wurde darin grundsätzlich begrüsst. Insbesondere vom Aktionsplan, der eine wesentliche Neuerung darstellt, erhoffen sich die Kantonsregierungen wichtige Hinweise für die Planung ihrer Vorhaben und die Koordination mit den Gemeinden sowie eine bessere Bündelung der Staatsebenen übergreifenden Anstrengungen.

Vor diesem Hintergrund stimmte die Plenarversammlung vom 16. Dezember 2011 der revidierten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit Bund – Kantone für die Jahre 2012 – 2015 zu. Die Kantone beteiligen sich neu paritätisch an der Finanzierung eines Aktionsplans zur Förderung von Schlüsselvorbereitungen. Für diesen Aktionsplan sind jährlich Finanzmittel in der Höhe von maximal 2,4 Millionen Franken vorgesehen. Der Bundesrat stimmte der Revision bereits im November 2011 zu, so dass die Anpassungen Anfang 2012 in Kraft treten konnten.

Fortsetzung der Zusammenarbeit Bund – Kantone – Städte / Gemeinden im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Im Februar 2001 haben der Bundesrat, die KdK, der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) gemeinsam die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) gegründet. Gemäss der Vereinbarung über die TAK vom 20. Februar 2001 hatte diese vorerst Projektcharakter. Bei Bewährung sollte sie institutionalisiert werden. Nach einer ersten Projektphase von vier Jahren zogen die Träger der TAK im Juni 2005 eine positive Bilanz. Sie beschlossen, die TAK bis 2009 fortzusetzen und dann erneut eine Beurteilung vorzunehmen. Im Oktober 2008 beschlossen die Träger im Rahmen der TAK, die zweite Projektphase bis 2011 zu ver-

längern, um den Entscheid über die Zukunft der TAK zeitlich auf die per 2010 / 2011 vorgesehene Evaluation der Agglomerationspolitik des Bundes abzustimmen.

Nachdem die Plenarversammlung vom 18. März 2011 in einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone die Arbeiten der TAK grundsätzlich positiv gewürdigt hatte (vgl. Ziff. 2.1.3), konnte die Plenarversammlung vom 16. Dezember 2011, wie die übrigen Träger der TAK, der revidierten TAK-Vereinbarung und somit einer Fortsetzung der TAK zustimmen. Die TAK-Geschäftsstelle wird weiterhin durch die KdK geführt und neu werden die TAK-Geschäftsstelle sowie die Projekte über einen paritätischen Kostenteiler, d. h. Bund 1/3, Kantone 1/3 sowie SSV / SGV je 1/6 finanziert.

Mit der Zustimmung zur Fortsetzung der TAK haben die Träger der TAK auch das Arbeitsprogramm 2012 – 2015 verabschiedet. Das neue Arbeitsprogramm der TAK ist weiterhin auf aktuelle Entwicklungen in den Agglomerationen und die damit verbundenen Herausforderungen ausgerichtet. Bei der Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik sollen vermehrt auch die Bedürfnisse der grossstädtischen Handlungsräume (Metropolitanräume und Hauptstadtregion Schweiz) einbezogen werden. Da urbane und ländliche Räume eng verflochtene funktionale Lebens- und Wirtschaftsräume darstellen, wird sich die TAK neu auch mit dem Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit befassen. Bei geeigneten Themen soll die Zusammenarbeit in Zukunft vermehrt auf funktionale Räume ausgerichtet werden, in denen Stadt und Land partnerschaftlich und auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

Konsolidierungsprogramm 2012 / 2013 / Aufgabenüberprüfung

Im Frühjahr 2011 zeichnete sich ab, dass sich die Ausgangslage seit der Verabschiedung der Botschaft zum Konsolidierungsprogramm 2012 / 2013 (KOP) im Herbst 2010 geändert hatte. Mitte Februar 2011 nahm der Bundesrat eine Aktualisierung der Einnahmeprognozen vor. Der aktualisierte Finanzplan sah für die nächsten Jahre keine strukturellen Defizite im Bundeshaushalt mehr vor, womit die Begründung für das KOP 12 / 13 weggefallen ist. In der Folge entschieden die eidgenössischen Räte, auf das KOP 12 / 13 nicht einzutreten. Somit waren die kurzfristigen Sparmassnahmen aus der Aufgabenüberprüfung (AÜP) im Umfang von rund 280 Millionen Franken, die der Bundesrat mit dem KOP 12 / 13 realisieren wollte, vorerst vom Tisch. Der Bundesrat behielt sich aber vor, diese Massnahmen wieder zur Diskussion zu stellen, falls sich die Haushaltslage verschlechtert.

Die längerfristigen Massnahmen der AÜP sollen jedoch weiterverfolgt werden: Ende 2011 nahmen die eidgenössischen Räte eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis Ende 2012 eine Sammelbotschaft vorzulegen für die Prüfung der Aufgaben, die nicht eine eigenständige Botschaft benötigen. Für die Prüfung der Aufgaben, die aus zeitlichen Gründen und wegen ihrer Komplexität nicht in diese Sammelbotschaft zusammengefasst werden können, hat er in derselben Botschaft darzulegen, bis wann er dem Parlament eine eigenständige Botschaft vorlegt. Die weiteren Arbeiten an der AÜP sind aufmerksam zu verfolgen. Die Gefahr, dass die aus der AÜP erhofften Entlastungen des Bundeshaushalts zulasten der Kantone gehen, ist nicht gebannt, sondern steht weiterhin im Raum.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 11. Februar, 13. Mai, 1. September und 4. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:

Aussenpolitik

Koordination Bund – Kantone bei Staatenberichten im Bereich Menschenrechte

Im Berichtsjahr befasste sich der Leitende Ausschuss der KdK erneut mit der Frage der Verbesserung der Koordination mit dem Bund und unter den Direktorenkonferenzen bei der Erarbeitung von Staatenberichten zu Konventionen und Verträgen im Bereich der Menschenrechte. Angesichts der sowohl seitens des Bundes wie auch seitens der Kantone beschränkten Ressourcen sollte möglichst frühzeitig geklärt werden, wie die Kantone in zielführender Weise in die Erarbeitung von Staatenberichten und fachtechnischen Befragungen einbezogen werden und welche Direktorenkonferenz(en) allenfalls eine koordinierende Rolle übernehmen könnten(n).

Im Sinne eines ersten Schrittes beschloss der Leitende Ausschuss, dass das Sekretariat der KdK als Anlaufstelle des Bundes zur Verfügung steht und dem Bund Vorschläge zur Klärung des zweckmässigen Vorgehens unterbreiten soll. Punktuell soll das Sekretariat der KdK zudem eine materielle Koordinationsrolle übernehmen können. Je nach Entwicklung werden allenfalls auch weitergehende Koordinationsanstrengungen zu prüfen sein.

Innenpolitik

Verfassungsgerichtsbarkeit

Im Frühjahr 2011 gab die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) einen Vorentwurf zur Änderung der Bundesverfassung für einen Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit in die Vernehmlassung. Da die Vorlage die Kantone direkt tangiert, beschloss der Leitende Ausschuss, den Kantonsregierungen einen Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme zu unterbreiten.

Im Rahmen der internen Konsultation begrüsst eine Mehrheit der Kantonsregierungen den vorgeschlagenen Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit. Mit der Aufhebung von Art. 190 BV könnten neu auch Bundesgesetze – wie heute schon Verordnungen des Bundes und kantonale Erlasse – im Konfliktfall gerichtlich auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundesverfassung überprüft werden. Diese Ausweitung der Normenkontrolle würde nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch den Föderalismus stärken, da Bundesgesetze somit auch auf ihre Vereinbarkeit in Bezug auf die verfassungsrechtlich geregelte Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen geprüft werden könnten. Der Kommissionsvorschlag entspricht in diesem Sinne auch den Überlegungen der KdK zu den notwendigen innerstaatlichen Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation im Rahmen der Europapolitik des Bundes (siehe Ziff. 2.1.1). Die vorgeschlagene Verfassungsänderung wirft jedoch auch Umsetzungsfragen auf, die nach einer entsprechenden Ausführungsgesetzgebung verlangen. Eine Minderheit der Kantonsregierungen lehnte die Vorlage ab. Das Quorum von 18 Stimmen für eine konsolidierte Stellungnahme wurde nicht erreicht, weshalb die KdK sich schliesslich nicht an der Vernehmlassung beteiligte.

Muslim-Dialog

Das EJPD führt seit 2007 Gespräche mit der muslimischen Gemeinschaft. In Folge der Volksabstimmung zur Minarett-Initiative wurde auf Bundesebene der "Muslim-Dialog" (Arbeitstitel) lanciert. Unter Federführung des Bundesamtes für Migration (BFM) fanden bis April 2011 sieben Arbeits-

treffen mit 18 ad personam eingeladenen Musliminnen und Muslimen statt. Aus Sicht der beteiligten Bundesstellen sollte der Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft der Schweiz neu unter Einbezug der Kantone und der Gemeinden weitergeführt werden. Die Idee eines gesamtschweizerischen, tripartit geführten Muslim-Dialogs wurde jedoch seitens der Kantonsregierungen im Rahmen der Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 sehr skeptisch beurteilt. Zur Klärung des weiteren Vorgehens fand Mitte Oktober 2011 ein politisches Treffen Bund – Kantone statt. An diesem Treffen plädierten die Kantone dafür, den Muslim-Dialog auf Bundesebene zu beenden und auf die zuständige Ebene der Kantone und Gemeinden zurückzuführen. Demgegenüber wollte die Bundesdelegation den Austausch auf nationaler Ebene fortsetzen. Anfang November 2011 bestätigte der Leitende Ausschuss der EJPD-Vorsteherin, dass an der kritischen Haltung gegenüber einem gesamtschweizerischen tripartiten Muslim-Dialog festgehalten werde. Er schlug vor, dass Bund und Kantone gemeinsam ein einmaliges politisches Treffen mit den bisherigen muslimischen Gesprächspartnern des Bundes ins Auge fassen. Ziel dieses politischen Treffens ist, den muslimischen Gesprächspartnern exemplarisch aufzuzeigen, welche Aktivitäten auf den jeweiligen staatlichen Ebenen bereits laufen und welche muslimischen Anliegen auf welcher Ebene in welchen Gefässen sinnvollerweise diskutiert werden. Die EJPD-Vorsteherin trat auf diesen Vorschlag ein, es ist geplant, im letzten Quartal 2012 dieses Treffen durchzuführen.

Möglichkeiten zur Aufwertung des Instruments der Standesinitiative: Umfrage bei den Staatskanzleien (Folgeaktivitäten im Zusammenhang mit Pa.Iv. 10.440)

Bereits im Rahmen der Anhörung durch die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) zur Vernehmlassung zur Pa.Iv. 10.440 (vgl. Ziff. 2.1.3) hatte der Vertreter der Kantone das Angebot unterbreitet, gemeinsam mit der Kommission nach Möglichkeiten zur Aufwertung des Instruments der Standesinitiative zu suchen. Nachdem die Kommission des Nationalrats beschlossen hatte, die Vorlage des Ständerats nochmals grundlegend zu überprüfen und dazu eine Subkommission einzusetzen, wurde das Angebot gegenüber dieser Subkommission wiederholt. Als erster Schritt in diesem Reformprozess beschloss der Leitende Ausschuss am 4. November 2011, bei den Staatskanzleien eine Umfrage zur heutigen Anwendungspraxis und zu Möglichkeiten zur Aufwertung des Instruments der Standesinitiativen durchzuführen. Die Erkenntnisse aus dieser Umfrage werden im Jahre 2012 vorliegen.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen im Namen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahmen bleibt gewahrt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Pa.Iv. 10.440. Verbesserung der Organisation und der Verfahren des Parlamentes: Verfahren bei Standesinitiativen, Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens

Im Rahmen der Parlamentarischen Initiative 10.440 erarbeitete die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) eine Sammelvorlage mit verschiedenen Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlaments und führte dazu eine Vernehmlassung durch. Die Kantone waren von den folgenden zwei Änderungsvorschlägen betroffen:

- 1) Eine Standesinitiative soll nur noch in der Form eines ausgearbeiteten Vorentwurfs eines Erlasses der Bundesversammlung eingereicht werden dürfen.

- 2) Auf ein Vernehmlassungsverfahren kann verzichtet werden, wenn das Vorhaben vorwiegend die Organisation oder das Verfahren von Bundesbehörden oder die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bundesbehörden betrifft.

In der von der Plenarversammlung am 24. Juni 2011 verabschiedeten gemeinsamen Stellungnahme lehnten die Kantone diese beiden Änderungsvorschläge klar ab: Massnahme 1 wird als Einschränkung der Mitwirkungsrechte der Kantone abgelehnt. Sie wird als unverhältnismässig beurteilt, weil das Ziel auch mit der Einführung einer Begründungspflicht erreicht werden könnte, welcher die Kantone zustimmen könnten. Massnahme 2 erscheint als zu allgemein formuliert. Die Kantone möchten auch in Zukunft selbst entscheiden, ob sie von einer Änderung betroffen sind oder nicht. Es interessiert die Kantone z. B., ob eine Bundesaufgabe vom Bundesrat, von der Bundesversammlung oder vom Bundesgericht erfüllt wird, die alle auch unter den Begriff der Bundesbehörden fallen.

Da die Kommission eine Verlängerung der Vernehmlassungsfrist auf die üblichen 3 Monate abgelehnt hatte und die gemeinsame Stellungnahme der Kantone deshalb in der Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse nicht mehr berücksichtigt werden konnte, erhielt die KdK kurzfristig die Gelegenheit, die ablehnende Haltung der Kantone in einer Sitzung der SPK-S direkt zu vertreten. Leider wurden die Anliegen der Kantone weder von der Kommission noch vom Plenum des Ständerats berücksichtigt.

Pa.IV. 11.439. Ergänzende Übergangsbestimmung zur Einführung der Spitalfinanzierung: gemeinsame Stellungnahme mit GDK und FDK

Mit diesem Vorstoss der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) sollten in der letzten Phase der Umsetzung der vom eidgenössischen Parlament vor dreieinhalb Jahren beschlossenen KVG-Revision die Spielregeln geändert werden, was aus Sicht der Kantone nicht akzeptiert werden konnte.

Der Leitende Ausschuss beschloss deshalb, gemeinsam mit der GDK und der FDK eine Stellungnahme zuhanden der SGK-S zu unterzeichnen. Die Kantonsregierungen wurden über die erfolgte Stellungnahme informiert, mit der Bitte, die Argumentation in ihre eigene Stellungnahme einfließen zu lassen und die Ständeräte ihres Kantons darüber zu informieren. Der Vorstoss wurde von den eidgenössischen Räten in der Sommersession 2011 abgelehnt.

Änderung der Finanz- und Lastenausgleichsverordnung (FiLaV)

Am 30. September 2011 verabschiedete die Plenarversammlung eine gemeinsame Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung der Finanz- und Lastenausgleichsverordnung (FiLaV). Sie stützte sich dabei bei den technischen Fragen der Anpassung der Faktoren Alpha (Gewichtung der Vermögen der natürlichen Personen), Beta (Gewichtung der Gewinne der juristischen Personen mit besonderem Steuerstatus) und Epsilon (Behandlung der provisorischen Veranlagungen) auf die Beschlüsse der Plenarversammlung der FDK. Bei den Fragen zur Umsetzung von Massnahmen, zu denen die Kantone im Rahmen ihrer Vernehmlassung vom 25. Juni 2010 zum Wirksamkeitsbericht 2008 – 2011 bereits Stellung genommen hatten, konnten die damaligen Beschlüsse bestätigt werden.

Verordnungsveränderungen betreffend die Strukturreform in der beruflichen Vorsorge

Im März 2010 haben die eidgenössischen Räte die so genannte Strukturreform in der beruflichen Vorsorge verabschiedet. Mit den entsprechenden Anpassungen im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge sollen die Aufsicht über die berufliche Vorsorge gestärkt, die Aufgaben der verschiedenen Akteure in der zweiten Säule klarer geregelt und mehr Transparenz bei der Verwaltung von Vorsorgeeinrichtungen geschaffen werden. Zu diesem Zweck wird u. a. die direkte Aufsicht in der beruflichen Vorsorge vollständig den Kantonen übertragen. Die

Oberaufsicht geht vom Bundesrat an eine unabhängige Oberaufsichtskommission. Im Rahmen der seinerzeitigen Vernehmlassung wurde diese Lösung von den Kantonen begrüsst.

Ende November 2010 löste das EDI die Vernehmlassung zu den erforderlichen Verordnungsänderungen aus. Dazu verabschiedete die Plenarversammlung vom 18. März 2011 eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone. Darin wurde zum Ausdruck gebracht, dass einige Vorschriften in den vorgelegten Verordnungsentwürfen weit über die gesetzlich verankerten Reformziele hinauschiessen. Namentlich die geplante Oberaufsichtskommission (OAK) wurde als deutlich überdimensioniert und unverhältnismässig teuer erachtet. Die vorgeschlagenen Verordnungsbestimmungen atmeten den Geist eines umfassenden Kontrollbedürfnisses des Bundes gegenüber der direkten Aufsicht der Kantone.

In der Folge sah sich der Bundesrat veranlasst, die OAK leicht zu redimensionieren. Die Gefahr besteht jedoch weiterhin, dass die OAK der direkten Aufsicht wie auch den Vorsorgeeinrichtungen immer neue Regelungen auferlegt, alleine schon um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Dies wird den ohnehin schon kostspieligen Bürokratieapparat der zweiten Säule des Altersvorsorgesystems weiter verteuern, was letztlich auf Kosten der Renditen der Versicherten geht.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Legislaturplanung des Bundes 2011 – 2015

Gestützt auf eine Konsultation bei den Kantonsregierungen und Direktorenkonferenzen auf der Grundlage der strategischen Vorgaben des Bundesrates vom 29. Juni 2011 verabschiedete die Plenarversammlung am 30. September 2011 eine Stellungnahme zur Legislaturplanung des Bundes 2011 – 2015 (siehe Ziff. 2.1.1). Darin wurden folgende Kernanliegen festgehalten:

Aus Sicht der Kantonsregierungen ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit Bund – Kantone weiter zu stärken. Die zukünftigen Herausforderungen der Schweiz müssen gemeinsam angegangen werden, was eine enge Zusammenarbeit in allen Gesetzgebungsphasen erfordert. Die geltenden Informations- und Mitwirkungsrechte der Kantone sind deshalb vom Bund konsequent einzuhalten. Nur wenn Bund und Kantone sich gegenseitig als Partner verstehen, kommen die Vorzüge des föderalistischen Systems der Schweiz voll zum Tragen. Die Kantonsregierungen erachten zudem innerstaatliche Reformen zur Festigung von Föderalismus und direkter Demokratie als unerlässliche Voraussetzung für eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur EU (siehe Ziff. 2.1.1).

Die Kantonsregierungen lehnen weitere Lastenverschiebungen auf die Kantone entschieden ab. Gesunde Bundesfinanzen sind auch für die Kantone von vitalem Interesse. Der Bund darf jedoch nicht, wie bei vergangenen Massnahmenpaketen wiederholt geschehen, Kosten einfach auf die Kantone abwälzen. Bei der Erarbeitung neuer Bundesregelungen sind die Kostenfolgen für die Kantone von Anfang an aufzuzeigen. Entsteht den Kantonen ein Mehraufwand, so ist dieser vom Bund abzugelten.

Die Kantonsregierungen erwarten ausserdem, dass der Bund die mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in der Bundesverfassung verankerten Prinzipien der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz konsequent einhält. Die verfassungsmässigen Zuständigkeiten der Kantone sind zu respektieren.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei aussenpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Anlässlich der Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 nahmen die Kantonsregierungen Stellung zum Verhandlungsmandat für die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam. Die Kantonsregierungen begrüßten dabei die Aufnahme von umfassenden Freihandelsverhandlungen mit Vietnam.

Die Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 wurde zudem darüber orientiert, dass seitens des Bundes eine Konsultation zur Aufnahme von Verhandlungen mit der EU zur gegenseitigen Gewährung von Luftverkehrsrechten (Kabotage) geplant war. Da die Kantonsregierungen der Verhandlung der Kabotage-Rechte bereits in ihrer Stellungnahme zum Luftverkehrsabkommen Schweiz – EU aus dem Jahre 1999 grundsätzlich zugestimmt hatten, wurde die Arbeitsgruppe Luftverkehr der KdK ermächtigt, die entsprechende Stellungnahme auszuarbeiten. Der von der Arbeitsgruppe Luftverkehr der KdK erarbeitete Entwurf wurde vom Leitenden Ausschuss der KdK am 1. September 2011 verabschiedet.

Die Plenarversammlung vom 30. September 2011 nahm – gestützt auf einen diesbezüglichen Positionsbezug der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) – Stellung zu einem Verhandlungsmandat des Bundes zur Aktualisierung und Erweiterung von Abkommen über den Handel mit Landwirtschaftserzeugnissen mit bestimmten Freihandelspartnern der Schweiz.

Anlässlich der Plenarversammlung vom 16. Dezember 2011 verabschiedeten die Kantonsregierungen schliesslich eine gemeinsame Stellungnahme zur geplanten weiteren Verschärfung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Gestützt auf eine entsprechende Beurteilung der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren (VDK) unterstützen die Kantonsregierungen dabei im Grundsatz die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen.

Stellungnahmen zu Anhörungen weiterer Institutionen

Konsultationsentwurf des Raumkonzepts Schweiz

Am 11. Mai 2006 vereinbarten das UVEK, die KdK und die BPUK sowie der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband, gemeinsam ein Raumkonzept Schweiz zu erarbeiten. Ziel dieses Konzepts ist eine schweizweit einheitliche Vorstellung als Grundlage für eine koordinierte Raumentwicklungspolitik zwischen den drei staatlichen Ebenen.

Die politische Begleitgruppe zum Raumkonzept Schweiz verabschiedete am 30. August 2010 einen Entwurf des Raumkonzepts zuhanden einer breiten Konsultation bei Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie weiteren interessierten Kreisen.

Auf Grundlage einer breiten Konsultation bei den Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung vom 24. Juni 2011 eine Stellungnahme zum Konsultationsentwurf. Darin begrüßten die Kantonsregierungen den vorliegenden Entwurf und erachten ihn als tauglichen Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung der raumwirksamen Tätigkeiten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Die im Entwurf enthaltenen Ziele und Strategien werden grundsätzlich unterstützt. Es wird jedoch festgehalten, dass die verfassungsmässige Kompetenz für die Raumplanung primär bei den Kantonen liegt und aus dem Raumkonzept deshalb keine Verbindlichkeiten für die Planungsträger abgeleitet werden dürfen. In materieller Hinsicht wird bedauert, dass die Aussagen über die ländlichen Räume vage, unverbindlich und wenig konzeptionell erscheinen. In Bezug auf die Aussagen zur Mobilität wird darauf hingewiesen, dass der Rückstand in einzelnen Regionen bei der Realisierung nationaler und regionaler Verkehrsinfrastrukturen, die für deren

Wettbewerbsfähigkeit und die polyzentrische Raumentwicklung unverzichtbar sind, nicht akzeptabel ist. Das Raumkonzept Schweiz sollte in dieser Hinsicht weniger am Status Quo ausgerichtet und stärker auf die Zukunft orientiert formuliert werden.

Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Im Sommer 2010 hat die Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) ihre Träger eingeladen, die TAK jeweils aus ihrer Sicht zu evaluieren und über deren Fortsetzung zu beschliessen. Als Grundlage diente der Bericht der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) "Grundlagen für den Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der TAK" sowie die diesbezüglichen Empfehlungen der TAK.

An der Plenarversammlung vom 18. März 2011 wurde eine Stellungnahme zum Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der TAK verabschiedet, welche auf einer breiten Konsultation der Kantonsregierungen basierte. Darin schliesst sich die KdK der grundsätzlich positiven Würdigung der TAK in erwähntem Bericht an. Ebenfalls schliesst sie sich der Empfehlung der TAK an, wonach die Konferenz zunächst als Agglomerationskonferenz fortgesetzt wird, verbunden mit dem Auftrag, im Rahmen des Arbeitsprogramms 2012 ff. aufzuzeigen, wie die ländlichen Räume in geeigneter Weise in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Aus Sicht der KdK ist der Einbezug der ländlichen Räume ein zentrales Anliegen und hat auf gleicher Augenhöhe in der Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu erfolgen. In der Stellungnahme spricht sich die KdK in Abweichung zu den Empfehlungen der TAK für einen neuen paritätischen Kostenteiler (1/3 Bund, 1/3 KdK sowie jeweils 1/6 SSV / SGV) zur Finanzierung der für die Projekte und die Geschäftsstelle anfallenden Kosten aus.

Diese Anliegen der KdK wurden in der Folge in der revidierten TAK-Vereinbarung sowie im Arbeitsprogramm 2012 – 2015 der TAK vollumfänglich berücksichtigt.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden.

Der Leitende Ausschuss traf sich am 18. März und am 4. November 2011 mit einer Delegation des Bundesrates zum Föderalistischen Dialog. Dabei wurden u. a. folgende Themen diskutiert: Europapolitik (institutionelle Fragen im Verhältnis EU – Schweiz und innerstaatliche Reformen), Forderungen der EU betreffend kantonale Unternehmensbesteuerung, Schranken der Kompetenzen des Bundes in auswärtigen Angelegenheiten (Empfehlung GPK-S), Grundsätze der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung, E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (Erneuerung Rahmenvereinbarung), Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Monitoring-Bericht Föderalismus 2010 sowie Jubiläum "20 Jahre KdK".

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2011 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik, Stand der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung, Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative "JA zur Hausarztmedizin", Volksinitiative zum Ausbau des Staatsvertragsreferendums, Weiterentwicklung der schweizerischen Energiepolitik, Pa.lv. 10.440. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes, Teilrevision Raumplanungsgesetz sowie Ausblick auf die Legislaturperiode 2011 – 2015.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fand am 14. März und am 18. November 2011 ein Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden u. a. folgende Themen behandelt: Einbezug der Kantone bei der Behandlung parlamentarischer Vorstösse in den Kommissionen des Ständerates, Anhörung zur Legislaturplanung des Bundes 2011 – 2015, Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone, Monitoring-Bericht Föderalismus 2010, dritte Nationale Föderalismuskonferenz in Mendrisio sowie Jubiläum "20 Jahre KdK".

Parlamentarische Anhörungen

Es liegt im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen. In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahmen Delegationen der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
17.01.2011	APK-S	3. Zusatzprotokoll zum Madrider Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
27.06.2011	SPK-S	Pa.lv. 10.440. Verbesserung der Organisation und der Verfahren des Parlamentes: Verfahren bei Standesinitiativen, Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens
05.09.2011	APK-S	Aufdatierung Anhang II FZA (Diplomanerkennung)

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen

Die Koordination mit den Direktorenkonferenzen erfolgt im Rahmen der Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird. Hauptthema der Frühjahrstagung vom 16. März 2011 war die Festlegung des Verfahrens zur Mitwirkung der Kantone an der Legislaturplanung 2011 – 2015 des Bundes. An einer zusätzlichen Tagung im April wurde eine gemeinsame Stellungnahme der Konferenzsekretariate erarbeitet. Die Herbstversammlung wurde im Rahmen einer ganztägigen Klausur am 30. November 2011 auf dem Gurten

durchgeführt. Mit Unterstützung eines externen Moderators wurden Thesen zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Fachdirektorenkonferenzen und der KdK diskutiert und gestützt darauf die Überarbeitung der Rahmenordnung über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen in Angriff genommen. Die Rahmenordnung soll gestrafft und mit Bestimmungen zur Fachkoordination zwischen den Konferenzen ergänzt werden.

Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo

Der Kerngruppe Fachkoordination gehören alle Generalsekretärinnen und -sekretäre der im Haus der Kantone domizilierten Konferenzen an. Sie wird von der KdK geführt und befasst sich jeweils an vier, auf die Sessionen des Bundesparlaments abgestimmten Sitzungen mit den neuen Vernehmlassungs- und Gesetzgebungsvorlagen des Bundes sowie mit konferenzübergreifenden Projekten. Das Ziel besteht darin, die Interessenvertretung der Kantone zu bündeln, um wenn immer möglich gegenüber dem Bund geeint auftreten zu können. Gestützt auf die Meldungen aller Konferenzen werden deren Betroffenheit festgestellt, die Interessenlage diskutiert und die Federführung einer Konferenz zugewiesen.

Politische Klausur KdK – Direktorenkonferenzen vom 17. / 18. Februar 2011

Nach 2008 fand am 17. / 18. Februar 2011 auf Einladung der KdK die zweite politische Klausur der Präsidentinnen und Präsidenten der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Im ersten Teil wurde das Thema "Innerstaatliche Reformen zur Stärkung des Mitwirkungs föderalismus" diskutiert. Handlungsbedarf wurde vor allem in Bezug auf die Stärkung der Informations- und Mitwirkungsrechte sowie der Organisationsstrukturen der Mitwirkung geortet.

Der zweite Teil war dem Thema "Strategien für eine zielführende Mitwirkung der Kantone in der Bundespolitik" gewidmet. Hier wurden namentlich weitere Verbesserungen in der Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen diskutiert. Dabei kamen die Konferenzpräsidien u. a. überein, vermehrt strategische Themen und Projekte gemeinsam festzulegen und zu verfolgen. Zu diesem Zweck sollen zukünftig jährlich Präsidiumsklausuren stattfinden.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 7. Juni und am 7. Dezember 2011 mit dem KdK-Sekretariat zum gegenseitigen Gedanken- und Informationsaustausch.

2.2 Weitere Aktivitäten

2.2.1 Allgemeines

Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen 2010

Erstmals wurde der im Rahmen des Projekts KoRK, Gesamtübersicht über die Kosten der Regierungs- und Direktorenkonferenzen, entwickelte Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen für das Jahr 2010 durch die ch Stiftung erarbeitet. Die Ergebnisse konnten von der Plenarversammlung der KdK am 16. Dezember 2011 zur Kenntnis genommen werden.

Verteilschlüssel Kosten Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Ein Antrag der Regierung des Kantons Graubünden, für die Aufteilung der Kosten der KdK und der Direktorenkonferenzen eine Mischfinanzierung bestehend aus Sockelbeitrag und variablem Beitrag gemäss Bevölkerungszahl einzuführen, wurde von der Plenarversammlung am 30. September

2011 mit dem Hinweis darauf, dass der Verteilschlüssel erst im Frühjahr angepasst worden war, abgelehnt. Es wurde auch darauf verzichtet, entsprechende Empfehlungen an die übrigen Konferenzen abzugeben.

Vereinheitlichung der Berichterstattung der Konferenzen: Empfehlungen zuhanden der Direktorenkonferenzen

Im Rahmen des Projekts KoRK wurde über das Jahresende 2010 / 2011 eine Vernehmlassung zu den Mindestanforderungen an die jährliche Berichterstattung der Konferenzen durchgeführt. Gestützt darauf verabschiedete die Plenarversammlung der KdK am 18. März 2011 Mindeststandards, welche den Präsidien der Direktorenkonferenzen mit der Bitte um Beachtung kommuniziert wurden.

Forum of Federations: Internship Programme

In Zusammenarbeit mit dem Forum of Federations (FoF) und dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde im Berichtsjahr das im Jahre 2010 eingeführte Programm weitergeführt, bei dem im Rahmen so genannter "Internships" ausgewählten Nachwuchskräften aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern die Möglichkeit gegeben wird, ein 6-wöchiges Praktikum in einer Kantonsverwaltung zu absolvieren und einen funktionierenden föderalistischen Staat zu erleben. Die Praktika, welche im Berichtsjahr vom FoF finanziert wurden, und die das IFF jährlich im August / September organisiert, finden jeweils im unmittelbaren Anschluss an die Sommeruniversität statt. Im Berichtsjahr konnten erneut in sechs Kantonen (BE, FR, SG, AG, TG und TI) Praktika durchgeführt werden. Sämtliche kantonalen Betreuer sowie die Praktikantinnen und Praktikanten äusserten sich wieder sehr positiv zu ihren Erfahrungen mit dem Praktikum.

20 Jahre KdK

Am 8. Oktober 2013 wird sich die KdK seit 20 Jahren für föderalismusrelevante Anliegen der Kantonsregierungen einsetzen. Ein Jubiläumsjahr bietet immer auch die Gelegenheit, Bilanz der vergangenen Jahre zu ziehen und sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Deshalb beschloss die Plenarversammlung vom 30. September 2011, das 20-jährige Bestehen der KdK mit verschiedenen Aktivitäten zu würdigen. Das Jubiläumsjahr 2013 soll zudem genutzt werden, um die Vorzüge des Föderalismus und der interkantonalen Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit aufzuzeigen. Die Plenarversammlung verabschiedete am 16. Dezember 2011 ein Detailkonzept für die geplanten Jubiläumsaktivitäten. Ganz im Sinne des Föderalismus sollen die vier Plenarversammlungen im Jubiläumsjahr für einmal nicht in Bern, sondern dezentral in den Regionen stattfinden. Zum Gründungstag am 8. Oktober 2013 ist zudem ein offizieller Festakt vorgesehen, an dem auch eine Jubiläumsschrift der Öffentlichkeit präsentiert werden soll.

Monitoring-Bericht Föderalismus

Im Auftrag der ch Stiftung werden die jährlichen Monitoring-Berichte Föderalismus vom Sekretariat der KdK erarbeitet, das sich dabei jeweils auf die wertvollen Inputs der Sekretariate der Direktorenkonferenzen, der regionalen Direktorenkonferenzen sowie verschiedener externer Stellen abstützen kann. Der Bericht 2010 konnte von der Plenarversammlung am 18. März 2011 verabschiedet werden. Gegenwärtig wird das Konzept des Monitoring-Berichts Föderalismus durch die ch Stiftung grundlegend überprüft.

2.2.2 Aussenpolitik

Neben zahlreichen weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in ausserpolitischen Fragen und den bereits an anderem Ort erwähnten Tätigkeiten standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund:

Europapolitik

Nach Verabschiedung des Positionsbezugs zu den innerstaatlichen Reformen am 24. Juni 2011 wurde die Haltung der Kantonsregierungen einer Delegation des Bundesrates und anschliessend gegenüber den Medien erläutert.

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort und führte über ihre Arbeitsgruppen eine Reihe von informellen Konsultationen betreffend die Übernahme und die Umsetzung neuer Rechtsentwicklungen durch.

Weitergeführt wurde auch die Begleitung der Weiterentwicklungen von Schengen / Dublin sowie – in Zusammenarbeit mit der KKJPD – die Vorbereitung der Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in den Kantonen. Vertreter der Begleitorganisation Schengen / Dublin der KdK (BOSD) nahmen im Berichtsjahr wiederum an zahlreichen Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppen der EU in Brüssel teil, an welchen Weiterentwicklungen des Schengen / Dublin-Besitzstands erarbeitet wurden.

Zusammen mit der EnDK begleitete das Sekretariat der KdK weiter die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich.

Das Sekretariat der KdK verfolgte ausserdem in Zusammenarbeit mit dem Zentralsekretariat der GDK die laufenden Verhandlungen über ein Abkommen mit der EU in den Bereichen Freihandel Landwirtschaft (FHAL) sowie Gesundheit.

Kantonale Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kontroverse mit der EU in Bezug auf gewisse kantonale Steuerregimes. Sie beteiligte sich zusammen mit den zuständigen Stellen des Bundes an der Festlegung der Schweizer Position in dieser Frage und bereitete die diesbezüglichen politischen Beschlüsse der zuständigen Gremien von FDK und KdK vor.

EuRefKa

Die Arbeitsgruppe EuRefKa erarbeitete im Berichtsjahr die notwendigen Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die Beschlüsse der Kantonsregierungen betreffend den innerstaatlichen Reformbedarf.

Freihandelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA.

WTO / GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen.

Korruptionsbekämpfung

Nachdem der Bundesrat am 19. Dezember 2008 beschlossen hatte, eine interdepartementale Gruppe zur Korruptionsbekämpfung (IDAG) einzusetzen und die Kantone eng in die Arbeiten der IDAG einzubeziehen, nahm das Sekretariat der KdK auch im Berichtsjahr an verschiedenen Sitzungen der IDAG teil. Im Berichtsjahr wurde insbesondere die kantonale Beteiligung an einer Überprüfung durch Experten der OECD koordiniert.

2.2.3 Innenpolitik

Folgearbeiten zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Im Hinblick auf den Beginn der Erarbeitung des zweiten Wirksamkeitsberichts wurde die Vertretung der Kantone in der Fachgruppe Wirksamkeitsbericht neu bestellt.

Die Eidgenössische Finanzverwaltung organisierte zwei Seminare zu den Erfahrungen mit der Anwendung des Instruments der Programmvereinbarung in den Bereichen Amtliche Vermessung und Hochwasserschutz.

NFA-Controlling: Geschäftslisten, Parlamentsberichterstattung

Das NFA-Controlling, d. h. die Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz sowie des Einsatzes der neuen Zusammenarbeitsformen beim Vollzug von Bundesaufgaben durch die Kantone, gehört zu den Daueraufgaben der KdK. Anhand der von der Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo (vgl. Ziff. 2.1.5.) bearbeiteten Geschäftslisten werden die neuen Vernehmlassungs- und Gesetzesvorlagen des Bundes systematisch analysiert. Die Geschäftslisten werden dem Leitenden Ausschuss der KdK sowie den Kantonsregierungen vierteljährlich zur Kenntnis gebracht. Über die Behandlung der Geschäfte in den eidgenössischen Räten wird jeweils im Anschluss an die Sessionen eine Parlamentsberichterstattung erstellt.

IVK: Vorsorgliche Einreichung eines Vermittlungsgesuches; Interpretation der Aktivlegitimation gem. Art. 32 Abs. 2 IRV

Im Zusammenhang mit der Kostenübernahme in einer Behinderteninstitution reichte das Amt für Gesundheit und Soziales des Kantons Schwyz ein Gesuch um Einleitung eines informellen Vorverfahrens nach Art. 33 der Rahmenvereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich IRV ein. Aufgrund der Formulierung von Art. 32 Abs. 2 IRV wurde der Gesuchstellerin die Aktivlegitimation abgesprochen und ihr mitgeteilt, dass das Gesuch durch die Regierung eingereicht werden müsste. Das Amt wurde daraufhin von der Regierung des Kantons Schwyz ausdrücklich zur Einreichung des Vermittlungsgesuchs ermächtigt, das Verfahren aber gleichzeitig bis auf Weiteres sistiert. Die Einleitung des Verfahrens und dessen Sistierung wurde dem Kanton Schwyz und den betroffenen Kantonen Zürich und St. Gallen mitgeteilt.

Motionen Kanton Bern

Die Regierung des Kantons Bern gelangte im Oktober 2010 im Auftrag ihres Grossen Rates an die KdK und beantragte Folgendes: 1. Schaffung einer einwandfreien Rechtsgrundlage für die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) auf Basis einer interkantonalen Vereinbarung und Einrichtung einer interparlamentarischen Kontrollkommission, 2. Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Rechtsgrundlagen der interkantonalen Direktorenkonferenzen sowie der interkantonalen Fachbeamtenkonferenzen sowie 3. Einrichtung einer offiziellen Sammlung aller interkantonalen Vereinbarungen.

Die KdK führte im zweiten Quartal 2011 eine interne Konsultation zur Frage durch, ob sie sich vertieft mit den Berner Anliegen befassen soll. Die Kantonsregierungen sahen jedoch in Bezug auf die Rechtsgrundlage der SSK keinen Handlungsbedarf. Die grosse Mehrheit sah auch keinen Hand-

lungsbedarf in Bezug auf die Rechtsgrundlage der interkantonalen Direktorenkonferenzen sowie der Fachbeamtenkonferenzen. Mit Ausnahme der EDK im Rahmen der Konkordate sind weder die Regierungs- und Direktorenkonferenzen noch die Fachbeamtenkonferenzen mit rechtsetzenden Befugnissen ausgestattet und bedürfen folglich auch keiner formell-gesetzlichen Handlungsgrundlage. Hinsichtlich der Einrichtung einer Sammlung aller interkantonalen Vereinbarungen sprach sich eine Mehrheit der Kantonsregierungen für eine pragmatische Lösung aus.

Die Plenarversammlung vom 30. September 2011 beschloss deshalb, auf die Anliegen des Kantons Bern nicht einzutreten. Sie erklärte sich jedoch bereit, die Einrichtung einer Übersicht des interkantonalen Rechts mittels einer Optimierung der Internet-Datenbank LexFind des Instituts für Föderalismus zu prüfen, welches das interkantonale Recht bereits heute dokumentiert.

Gesamtschweizerisches Präventionsprogramm Jugend und Gewalt

Mit dem auf fünf Jahre ausgerichteten gesamtschweizerischen Präventionsprogramm "Jugend und Gewalt" haben sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden auf eine Zusammenarbeit bei der Prävention und der Bekämpfung von jugendlichem Gewaltverhalten verständigt. Das Programm konzentriert sich auf drei Schwerpunkte: Die Programmlinie "Voneinander lernen" zielt mittels verschiedener Projekte auf den Aufbau einer Wissensbasis zu Good Practice in der Gewaltprävention ab. Im Rahmen der zweiten Programmlinie "Wissen vermitteln" soll das gesammelte und gebündelte Wissen möglichst breit und praxisnah weitergegeben werden. Der dritte Schwerpunkt hat zum Ziel, das Zusammenwirken von Prävention, Intervention und Repression zu verbessern.

Zur strategischen Steuerung der Programmaktivitäten wurde eine tripartit zusammengesetzte Steuergruppe eingesetzt, die ihre Arbeit im November 2010 aufgenommen hatte. Von Seiten der Kantone nehmen Vertretungen der Sekretariate von KdK, EDK, KKJPD und SODK Einsitz. Die Steuergruppe gab eine Übersicht über die aktuell bestehenden Strukturen sowie Präventionsstrategien und -massnahmen auf Ebene der Kantone, Städte und Gemeinden in der Schweiz in Auftrag. Damit soll interessierten Akteuren Orientierungsbeispiele für die (Weiter-)Entwicklung ihrer eigenen Strategien und Konzepte im Bereich der Gewaltprävention aufgezeigt werden. Die Steuergruppe wählte zudem Projekte aus, die evaluiert werden sollen mit dem Ziel, erfolgreiche Elemente der Gewaltprävention zu identifizieren und für andere nutzbar zu machen. Darüber hinaus wurden Modellprojekte bezeichnet, die durch ihre Qualität, ihre innovativen Ansätze und ihre Transfermöglichkeiten überzeugen konnten. Auf der fachlichen Ebene wurde ein Netzwerk von kantonalen und kommunalen Ansprechstellen für Gewaltprävention aufgebaut. Mit Hilfe dieses Netzwerks sollen Programmaktivitäten in den Kantonen und Gemeinden bekannt gemacht werden. Als Informationsplattform dient das Netzwerk dem regelmässigen fachlichen Austausch sowie der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von aktuellen Herausforderungen in der Gewaltprävention.

Postulat Fehr. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor häuslicher Gewalt

Im Postulat Fehr (07.3725) wird der Bundesrat aufgefordert, in einem Aktionsplan konkrete Massnahmen vorzuschlagen, wie Kinder besser vor Gewalt in der Familie geschützt werden können. Das BSV erarbeitet zur Beantwortung des Postulats einen Bericht und setzte zur Begleitung der entsprechenden Arbeiten eine breit abgestützte Arbeitsgruppe ein, in welche die betroffenen Bundesstellen (BFM, BAG, BJ, EBG, EKKJ, EKFF) sowie Vertreter der Kantone (u. a. Sekretariate KdK, SODK, EDK, KOKES) Einsitz nahmen. Die Arbeitsgruppe analysierte zunächst die bereits bestehenden staatlichen Lösungsansätze. Dabei wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass sich die Zuständigkeiten in diesem Bereich zwar auf alle drei staatlichen Ebenen sowie weitere Akteure verteilen, der Schutz der Kinder und Jugendlichen jedoch in erster Linie in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden liegen. Die Arbeitsgruppe hat zuhanden des BSV aus fachlicher Sicht die allgemeinen Grundleistungen eines modernen Kinder- und Jugendhilfesystems beschrieben, die verfügbar und zugänglich sein sollten, um eine bedarfsgerechte Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien zu gewährleisten. Damit will die Arbeitsgruppe auf gesamtschweizeri-

scher Ebene zur Klärung zentraler Begriffe und zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Kinder- und Jugendhilfe beitragen. Weiter soll im Bericht insbesondere auch die Frage einer verstärkten nationalen Koordination im Kindesschutzbereich thematisiert werden. Der Bericht wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2012 vom Bundesrat verabschiedet.

Tripartite Agglomerationskonferenz

Die Kommission Städte bereitet jeweils im Hinblick auf die Sitzungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) die Haltung der kantonalen Delegation zu den einzelnen TAK-Traktanden vor. Im Hinblick auf die Fortsetzung der TAK war auch eine Klärung des Verhältnisses zwischen den Gremien der KdK und der TAK-Delegation der Kantone angezeigt. Die Mandatierung der kantonalen Delegation in der TAK war – verglichen mit anderen politischen Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (z. B. Europakommission, der Arbeitsgruppe EuRefKa) – bisher relativ schwach. Deshalb hat die Plenarversammlung vom 30. September 2011 einem neuen Nominations- und Mandatierungsverfahren für die TAK-Delegation der Kantone zugestimmt. Neu soll die TAK-Delegation analog zum Nominationsverfahren des Leitenden Ausschusses der KdK über die Regierungskonferenzen bzw. die Kantone mit ständigem Sitz erfolgen.

Nationale Integrationskonferenz

Auf Einladung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) trafen sich am 12. Mai 2011 rund 250 Entscheidungsträgerinnen und -träger staatlicher wie nichtstaatlicher Institutionen in Solothurn zur Zweiten Nationalen Integrationskonferenz. Alle 26 Kantone nahmen mit mehrköpfigen Delegationen teil, die in vielen Fällen von dem für Integration zuständigen Regierungsmitglied angeführt wurden und denen auch Stadt- und Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten angehörten. Diskutiert wurden die bisherigen Erfolge der Integrationspolitik, die drängendsten Probleme sowie mögliche Handlungsansätze. Im Vorfeld der Konferenz hatten sich der Bundesrat, die Kantonsregierungen sowie die Kommunalverbände darauf geeinigt, die schweizerische Integrationspolitik künftig nach den vier Grundprinzipien "Chancengleichheit verwirklichen", "Vielfalt berücksichtigen", "Potenziale nutzen" und "Eigenverantwortung einfordern" auszurichten.

Die TAK-Integrationskonferenz machte deutlich, dass der Austausch mit nicht-staatlichen Akteuren, namentlich mit der Wirtschaft sowie mit den Migrantinnen und Migranten im Sinne des miteinander statt übereinander Redens von grosser Bedeutung ist und weiter intensiviert werden muss. Handlungsbedarf besteht hinsichtlich gemeinsam getragener Initiativen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zur Verbesserung der Integration. Die TAK hat entsprechende Projekte in ihr Arbeitsprogramm 2012 – 2015 aufgenommen.

2.2.4 Mandate

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz

Die Geschäftsstelle der TAK besorgte die Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 1. Juli und 11. November 2011 sowie der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA). Neben den zwei ordentlichen TTA-Sitzungen vom 4. Mai und 22. September fanden im Berichtsjahr im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Arbeitsprogramms 2012 – 2015 der TAK am 29. März, 16. Mai, 31. Oktober und 7. Dezember weitere ausserordentliche Sitzungen der TTA statt.

Im Hinblick auf die Sitzung der TAK vom 1. Juli 2011 wertete die Geschäftsstelle die Konsultation bei den Trägern zum TAK-Bericht "Grundlagen für den Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der TAK" aus. Sie entwickelte in enger Zusammenarbeit mit der TTA das Arbeitsprogramm der TAK 2012 – 2015. Zur Vorbereitung der Sitzung der TAK vom 11. November 2011 wertete die Geschäftsstelle eine diesbezügliche Konsultation bei den Trägern der TAK aus und bereitete in Ab-

sprache mit der TTA einen Bereinigungsentwurf zum Arbeitsprogramm vor. Gleichzeitig leitete die Geschäftsstelle erste Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung dieses Arbeitsprogramms in die Wege. Darüber hinaus begleitete sie die Gespräche zur Revision der TAK-Vereinbarung.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtsjahr war zudem die Vorbereitung der Fachtagung "Finanzierungs- und Lastenausgleichfrage in Agglomerationen" vom 31. März 2011. Die Tagung, die mit rund 150 Teilnehmenden sehr gut besucht war, hatte das Ziel, für die Herausforderungen im Zusammenhang mit Finanzierungs- und Lastenausgleichsfragen in Agglomerationen zu sensibilisieren. Neben der im Auftrag der TAK erarbeiteten Studie von Ecoplan & Advokatur afs wurden einzelne Praxisbeispiele vorgestellt und anschliessend fachlich eingeordnet.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) organisierte im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei die inhaltliche Vor- und Nachbereitung ebenfalls zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an insgesamt 10 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen sicher gestellt werden konnte.

Im Zentrum der KID-Arbeiten stand die Begleitung der Verhandlungen zwischen dem EJPD und der KdK zu den Grundsätzen der künftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung. Die KID-Delegierten wurden sowohl zur Vertiefung bestimmter Fragestellungen als auch im Rahmen der Konsultation zum Verhandlungsergebnis einbezogen. Mit Abschluss der Verhandlungen rückten konkrete Fragen der Umsetzung, insbesondere die mit der Entwicklung der kantonalen Integrationsprogramme (KIP) verbundenen Herausforderungen, in den Vordergrund.

Im Frühsommer verabschiedete die KID ihr Arbeitsprogramm 2011/12, das vier Schwerpunkte umfasst: 1. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Regelstrukturen, 2. Vertiefung der Themen "Neue Zuwanderung" sowie "Integration im Frühbereich", 3. Begleitung Ausarbeitung kantonale Integrationsprogramme (KIP) und 4. kritische Begleitung des ausländerrechtlichen Gesetzgebungsprozesses auf Bundesebene.

Des Weiteren beschäftigte sich die KID mit dem Rahmenkonzept Sprachförderung, dem Diskriminierungsschutz sowie dem Thema Migration und Gesundheit.

Die KID-Geschäftsstelle nahm zudem an verschiedenen Workshops und Tagungen des BFM, der EKM, der TAK, der SKOS, der Städteinitiative Sozialpolitik sowie an der Jahrestagung der Asylkoordinatorinnen und -koordinatoren teil und leistete dabei in vielen Fällen auch einen inhaltlichen Input. Zudem nahm der KID-Vorstand auf Einladung des BFM Stellung zur vorgeschlagenen Ergänzung von Art. 77 VZAE (für verbesserten Schutz von Opfern häuslicher Gewalt) und verabschiedete auf Einladung der EDK hin eine Stellungnahme zum Projekt "Nahtstelle" (Problembe- reich Übergang von der obligatorischen Schule zur Sekundarstufe II).

3 Rechnung

Die Jahresrechnung 2011 der KdK schliesst bei einem Aufwand von Fr. 3'067'313.50 mit einem Einnahmeüberschuss von Fr. 163'686.50 ab, welcher gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen wurde. Das Guthaben der Kantone erhöht sich dadurch auf Fr. 870'074.33.

Die Revision der Jahresrechnung 2011 wurde am 16. April 2012 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Jahresrechnung 2011

(revidiert)

	Rechnung 2011		Budget 2011		Rechnung 2010	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN	3'120'935.85	3'284'622.35	3'411'000.00	3'411'000.00	3'202'974.89	3'295'184.05
Personal / Nebenkosten	2'471'288.93		2'589'000.00		2'540'345.70	
Büromaterialien / Drucksachen	41'374.74		50'000.00		33'956.35	
Räumlichkeiten / Infrastruktur	229'865.90		249'000.00		225'597.85	
Dienstleistungen	38'937.10		49'000.00		35'170.95	
Arbeitsgruppen / Projekte	254'165.41		310'000.00		221'023.69	
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	70'731.07		150'000.00		132'952.35	
Übrige Ausgaben	14'572.70		14'000.00		13'928.00	
Kantonsbeiträge		3'231'000.00		3'231'000.00		3'199'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden		42'438.65		90'000.00		79'771.40
Übrige Einnahmen		11'183.70		0.00		16'412.65
Entnahme aus Kostenverteiler				90'000.00		
Einnahmeüberschuss	163'686.50			0.00	92'209.16	
Total Aufwand	3'284'622.35		3'411'000.00		3'295'184.05	
Total Ertrag		3'284'622.35		3'411'000		3'295'184.05

Guthaben Kantone 31.12.2011**870'074.33**

Kostenverteiler 2011

(gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Wohnbevölkerung Eidg. Volkszählung 2000	Schlüssel 2000	Kantons- beiträge 2011
Aargau	547'493	7.51%	242'721
Appenzell AR	53'504	0.73%	23'720
Appenzell IR	14'618	0.20%	6'481
Basel-Landschaft	259'374	3.56%	114'989
Basel-Stadt	188'079	2.58%	83'381
Bern / Berne	957'197	13.13%	424'355
Fribourg / Freiburg	241'706	3.32%	107'156
Genève	413'673	5.68%	183'394
Glarus	38'183	0.52%	16'928
Graubünden / Grischun / Grigioni	187'058	2.57%	82'929
Jura	68'224	0.94%	30'246
Luzern	350'504	4.81%	155'389
Neuchâtel	167'949	2.30%	74'457
Nidwalden	37'235	0.51%	16'507
Obwalden	32'427	0.44%	14'376
St.Gallen	452'837	6.21%	200'757
Schaffhausen	73'392	1.01%	32'537
Schwyz	128'704	1.77%	57'058
Solothurn	244'341	3.35%	108'324
Thurgau	228'875	3.14%	101'467
Ticino	306'846	4.21%	136'034
Uri	34'777	0.48%	15'418
Valais / Wallis	272'399	3.74%	120'763
Vaud	640'657	8.79%	284'023
Zug	100'052	1.37%	44'356
Zürich	1'247'906	17.12%	553'235
Total	7'288'010	100.00%	3'231'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Rapport annuel 2011 CdC

Table des matières	Page
Introduction.....	31
1. Organisation.....	32
1.1 Assemblée plénière	32
1.2 Bureau	33
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	33
1.4 Secrétariat	34
2 Activité	36
2.1 Axes prioritaires	36
2.1.1 Assemblée plénière	36
2.1.2 Bureau.....	41
2.1.3 Prises de position	42
2.1.4 Collaboration Confédération – cantons.....	46
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales	48
2.2 Autres activités	49
2.2.1 Généralités.....	49
2.2.2 Politique extérieure.....	50
2.2.3 Politique intérieure.....	51
2.2.4 Mandats	54
3 Comptes	56
Anhänge / Annexes	59

Introduction

La Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) passe en revue une année 2011 riche en événements. La CdC a pu continuer à renforcer ses relations avec des partenaires importants et à intensifier la collaboration confédérale sur différents objets de politique intérieure et extérieure. Une nouvelle fois, il a été prouvé qu'il était pertinent que les cantons rassemblent leurs requêtes pour les amener ensuite de manière active et d'une seule voix dans le processus décisionnel au niveau fédéral.

Des réformes internes visant à renforcer le fédéralisme et la démocratie sont impératives dans un processus d'approfondissement des relations bilatérales avec l'Union européenne. Cette position a été appuyée par les cantons et, ce faisant, ils ont précisé à ce sujet que les droits constitutionnels d'information et de participation existant en politique extérieure devaient être renforcés. Il faut donc définir plus clairement le volume et le moment de ces informations, comme il faut améliorer la question du poids attribué aux prises de position cantonales et intensifier la collaboration aux niveaux technique et politique ; en outre, la manière dont les divergences entre Confédération et cantons peuvent être juridiquement clarifiées, est à examiner. Ces revendications ne sont pas des buts en soi, mais servent en somme à l'amélioration de la qualité des décisions en politique européenne et au renforcement de la capacité d'action de la Suisse en matière de politique étrangère. Seule leur intégration étroite au processus décisionnel de la Confédération peut permettre aux cantons de compenser la perte d'autonomie liée à la voie bilatérale et, dans le même temps, de remplir leur fonction d'important organe de liaison entre la Confédération et le corps électoral, par la diffusion d'une politique européenne proche du peuple.

Durant l'année passée sous revue, la CdC s'est par ailleurs penchée sur la question de savoir comment la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons pouvait être améliorée et réglementée de manière plus contraignante. Il existe un besoin d'agir au niveau de l'association des cantons à la planification et à l'élaboration de l'avant-projet, de la prise en considération des questions de mise en œuvre dans le cadre de la procédure de consultation, du feedback aux cantons durant la phase parlementaire et de la fixation des délais pour la mise en œuvre du droit fédéral dans les cantons. Dans le cadre du Dialogue confédéral entre le Conseil fédéral et la CdC, un groupe de travail commun a été créé. Celui-ci a développé des propositions visant à l'amélioration de la qualité de la législation et de l'applicabilité du droit fédéral.

Dans le cadre d'un processus de négociation intensif et fructueux, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux se sont mis d'accord, durant l'année 2011, sur les principes de la promotion de l'intégration spécifique. Pour la gestion commune de cette tâche, l'entente sur des objectifs programmatiques stratégiques partagés et la définition d'une clé de répartition de financement claire entre la Confédération et les cantons, sont centraux. Les gouvernements cantonaux se sont en outre prononcés pour la continuation de la collaboration entre la Confédération, les cantons et les villes et communes dans le cadre de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). Dans ce cadre, il a été convenu, comme nouvel objectif important, de mettre en évidence l'intégration des espaces ruraux dans la collaboration tripartite.

La troisième Conférence nationale sur le fédéralisme 2011, qui s'est déroulée à Mendrisio sous le titre "Le fédéralisme face aux nouveaux enjeux territoriaux", a offert une plateforme privilégiée à la discussion de questions actuelles sur le fédéralisme horizontale et verticale. La CdC fera, à l'avenir aussi, face à ces défis avec joie. Nous remercions donc ici chaleureusement toutes les personnes qui nous ont soutenus et qui s'engagent pour les cantons.



Pascal Broulis, président du gouvernement
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX

RAPPORT ANNUEL 2011

1. Organisation

1.1 Assemblée plénière



L'organe suprême de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui siège quatre fois par année et à laquelle chaque canton délègue une personne. La représentation des cantons à la CdC est réglée par le gouvernement du canton en question. Durant l'année sous revue ont pris part aux assemblées plénières de la CdC les conseillères et conseillers d'Etat suivants :

Canton Représentation

ZH	Regine Aeppli, présidente de gouvernement Thomas Heiniger, conseiller d'Etat Markus Notter, conseiller d'Etat
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'Etat Christoph Neuhaus, conseiller d'Etat
LU	Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'Etat
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'Etat
SZ	Peter Reuteler, conseiller d'Etat
OW	Niklaus Bleiker, landammann
NW	Alois Bissig, conseiller d'Etat
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'Etat
ZG	Matthias Michel, landammann
FR	Beat Vonlanthen, conseiller d'Etat
SO	Christian Wanner, landammann
TI	Carlo Conti, conseiller d'Etat Guy Morin, président de gouvernement

BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'Etat
SH	Reto Dubach, président de gouvernement
AR	Jürg Wernli, conseiller d'Etat
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Karin Keller-Sutter, présidente de gouvernement
GR	Martin Jäger, conseiller d'Etat
	Barbara Janom Steiner, conseillère d'Etat
	Martin Schmid, président de gouvernement
AG	Roland Brogli, conseiller d'Etat
	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'Etat
	Kaspar Schläpfer, président de gouvernement
TI	Norman Gobbi, conseiller d'Etat
	Luigi Pedrazzini, président de gouvernement
VD	Pascal Broulis, président de gouvernement
VS	Jean-Michel Cina, président du gouvernement
	Maurice Tornay, conseiller d'Etat
NE	Jean Studer, conseiller d'Etat
GE	Pierre-François Unger, conseiller d'Etat
JU	Elisabeth Baume-Schneider, ministre

1.2 Bureau

L'organe exécutif de la CdC est le Bureau dont les membres sont nommés sur la base d'une clé de répartition régionale. Durant l'année sous revue, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton Représentation

VD	Pascal Broulis, président de gouvernement, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'Etat
ZH	Markus Notter, conseiller d'Etat, jusqu'au 23.06.2011
	Regine Aeppli, conseillère d'Etat, depuis le 24.06.2011
ZG	Matthias Michel, landammann
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'Etat, jusqu'au 23.06.2011
AG	Roland Brogli, conseiller d'Etat, depuis le 24.06.2011
AI	Daniel Fässler, landammann
GR	Martin Schmid, président de gouvernement, jusqu'au 04.12.2011
TI	Luigi Pedrazzini, président de gouvernement, jusqu'au 23.06.2011
	Norman Gobbi, conseiller d'Etat, depuis le 24.06.2011
FR	Beat Vonlanthen, conseiller d'Etat

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes principaux, la CdC compte une multitude de commissions et de groupes de travail en lien avec le traitement de certains dossiers et mandats. Une récapitulation de ces commissions et groupes de travail se trouve à l'annexe 2 du présent rapport. Les délégations de la CdC dans les organes nationaux et internationaux sont énumérées à l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

Conformément à la convention sur la CdC, la conférence dispose d'un secrétariat permanent. A l'assemblée constitutive de la CdC, la gestion du secrétariat a été confiée sous la forme d'un mandat à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, laquelle avait d'ailleurs participé de manière prépondérante à la création de cette institution. Depuis lors, la Fondation ch gère le secrétariat de la CdC et la directrice de la Fondation ch, Sandra Maissen, assume simultanément la fonction de secrétaire générale de la CdC.

A la fin de l'année sous revue, le secrétariat de la CdC occupait 25 personnes (19.7 équivalents plein temps), dont 22 ont leur bureau à la Maison des cantons (MdC) à Berne et 3 au secrétariat de la Fondation ch à Soleure. Les collaborateurs des Services généraux assument des tâches aussi bien pour le secrétariat de la CdC que pour l'exploitation de la Maison des cantons.

L'organigramme se trouve à l'annexe 1 du présent rapport.

Effectifs au 31.12.2011

Secrétaire générale

- Sandra Maissen

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Judith Stephani, assistante aux finances

Services généraux / Exploitation Maison des cantons

- Martin Rosenfeld, chef du service (depuis le 1^{er} mai 2011)
- Patrick Bergen, traducteur
- Christine Bonvin, traductrice, responsable du Service linguistique depuis le 1^{er} septembre 2011
- Daniel Boschung, informaticien
- Susanna Bürki, cheffe du secrétariat MdC / CdC
- Manuela Furrer, collaboratrice secrétariat CdC
- Silvia Graf, collaboratrice réception MdC (depuis le 1^{er} octobre 2011)
- Nadia Monaco, traductrice (depuis le 1^{er} octobre 2011)
- Alice Pons, stagiaire (depuis le 1^{er} septembre 2011)
- Céline Randier, traductrice (depuis le 1^{er} novembre 2011)

Affaires extérieures CdC

- Roland Mayer, chef du service, suppléant de la secrétaire générale
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DFAE / DFE, adjointe au chef du service
- Réto Gasser, représentant des cantons au DFJP
- Felix Imhof, collaborateur scientifique, chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DFAE / DFE
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons à la Mission Suisse auprès de l'UE à Bruxelles

Affaires intérieures / coordination CdC

- Thomas Minger, chef du service
- Nicole Gysin, collaboratrice scientifique, adjointe au chef service
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique

- Till Hirsekorn, stagiaire scientifique (depuis le 1^{er} août 2011)
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Mandats particuliers / Projets

- Walter Moser, Service RPT

Départs en cours d'année

Services généraux / Exploitation Maison des cantons

- Jessica Cathomas, collaboratrice réception MdC (jusqu'au 31 octobre 2011)
- Dorothée Ecklin, traductrice, collaboratrice scientifique, suppléante du chef de service (jusqu'au 31 novembre 2011)
- Teresa Fiordellisi, stagiaire (31 mai 2011 au 31 août 2011)
- Aurélie Schaefer, traductrice (jusqu'au 30 avril 2011)
- Adrien Schott, stagiaire (jusqu'au 28 mai 2011)
- Vincent Vouilloz, chef du service (jusqu'au 31 mars 2011)

Affaires intérieures / coordination CdC

- Rahel Vetsch, stagiaire scientifique (1^{er} février 2011 au 15 juillet 2011)
- Tobias Weibel, stagiaire scientifique (jusqu'au 31 janvier 2011)

Anniversaires

Manuela Furrer, 15 ans d'ancienneté
 Roland Mayer, 15 ans d'ancienneté
 Nadine Eckert, 10 ans d'ancienneté
 Dorothée Ecklin, 10 ans d'ancienneté

2 Activité

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 Assemblée plénière

Durant l'année sous revue, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 18 mars, 24 juin, 30 septembre et 16 décembre. Outre l'adoption de prises de position sur différents sujets (cf. 2.1.3), l'Assemblée plénière a traité en 2011 les dossiers principaux suivants :

Généralités

Conférence nationale sur le fédéralisme 2011

La troisième Conférence nationale sur le fédéralisme, intitulée « Le fédéralisme face aux nouveaux enjeux territoriaux : institutions, économie et identité », s'est tenue les 26 et 27 mai 2011 à Mendrisio (TI). Elle a rassemblé plus de 300 personnes issues du monde politique, du monde économique, des milieux scientifiques et de l'administration. L'organisation de la conférence a été assurée par le canton du Tessin. Le programme a été élaboré en étroite collaboration par la Confédération, les cantons, les villes et les communes.

Les débats ont principalement porté sur le fait que les réseaux professionnels et privés de toujours plus de personnes s'étendaient au-delà des frontières communales et cantonales. Il a donc été question, en plenum et dans les ateliers, de nouvelles formes de fédéralisme horizontal et vertical : il a par exemple été question des conférences intercantionales, du rôle des agglomérations et des espaces métropolitains ainsi que des relations transfrontalières et des réformes internes liées aux relations avec l'UE.

La perspective intérieure a été élargie par des regards extérieurs. Une attention particulière a été portée aux efforts de décentralisation au sein de l'Union européenne en prenant notamment l'exemple de l'Italie. La table ronde finale qui réunissait des représentants des partis gouvernementaux et des trois niveaux étatiques s'est imposée comme le point d'orgue de la conférence. Dans l'ensemble, la conférence a permis de bien dégager les défis centraux et les ébauches de solution.

Programme de législature 2011 – 2015 de la Confédération

Par l'intermédiaire de la CdC, les gouvernements cantonaux ont participé à l'élaboration des trois derniers programmes de législature de la Confédération. Au vu du rapport de l'Etat-major de prospective « Perspectives 2025 » de l'administration fédérale, le Bureau de la CdC a pu, à mi-mai 2011, proposer ses premières réflexions sur les champs d'action et thèmes prioritaires du point de vue cantonal. Dans une seconde phase, les gouvernements cantonaux ont, fin septembre 2011, pris position sur les principes stratégiques du Conseil fédéral (lignes directrices et objectifs) pour la prochaine législature et, à l'occasion d'un entretien au niveau gouvernemental, présenté à la délégation du Conseil fédéral leurs attentes quant aux orientations et mesures prioritaires (sur le plan législatif) (cf. 2.1.3).

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

En marge du débat entre le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux sur la date d'entrée en vigueur de la loi fédérale sur le nouveau régime de financement des soins du 13 juin 2008, l'Assemblée plénière a chargé son secrétariat, en décembre 2009, d'établir une vue d'ensemble des délais requis au niveau cantonal pour la mise en œuvre d'actes législatifs fédéraux. Par la suite, tous les cantons ont été interrogés sur les procédures législatives liées à la mise en œuvre du

droit fédéral. Il est apparu clairement que la problématique s'étendait bien au-delà de la question de l'établissement de la date d'entrée en vigueur. Les cantons nomment d'autres domaines problématiques et proposent des solutions. Sur la base de ces travaux préliminaires, le professeur Felix Uhlmann a présenté, en janvier 2012, dans une expertise commandée par la CdC, la façon dont les requêtes des cantons relatives à la mise en œuvre du droit fédéral pourraient être réglées de manière plus contraignante au niveau de la collaboration avec la Confédération. Dans le cadre du Dialogue confédéral du 18 mars 2011, la délégation de la CdC a informé la délégation du Conseil fédéral des points sur lesquels, aux yeux des cantons, il y avait nécessité d'agir. Les délégations ont décidé de constituer un groupe de travail commun Confédération – cantons chargé de mettre au point, au niveau technique, des propositions visant à résoudre les questions de mise en œuvre. Le groupe de travail qui a présenté son rapport final à l'occasion du Dialogue confédéral du 16 mars 2012 était composé de collaborateurs de l'administration fédérale, des services du parlement de la Confédération, du secrétariat de la CdC et de l'administration cantonale.

Politique extérieure

Crise diplomatique Suisse – Libye

Suite à la crise diplomatique entre la Suisse et la Libye, la Commission de gestion du Conseil des Etats (CdG-E) a publié, le 3 décembre 2010, un rapport sur le comportement des autorités fédérales lors de cette crise. Dans ce rapport, la CdG-E a soumis au Conseiller fédéral au total 14 recommandations dont l'une d'entre elles se référait explicitement aux différentes conceptions juridiques du Conseil fédéral et de la CdC concernant les droits de participation du canton de Genève dans cette affaire, ainsi qu'aux limites des compétences de la Confédération en politique extérieure. La CdG-E a recommandé au Conseil fédéral d'examiner, en étroite collaboration avec la Confédération des gouvernements cantonaux, ces points de divergence et d'élaborer un rapport à l'attention des Commissions de politique extérieure (CPE).

Le 20 avril 2011, le Conseil fédéral a publié sa prise de position sur le rapport de la CdG-E du 3 décembre 2010. En ce qui concerne les recommandations évoquées, le Conseil fédéral relève pour l'essentiel qu'il a, le 15 décembre 2010 déjà, chargé le DFJP et le DFAE d'élaborer, en collaboration étroite avec la CdC, un rapport destiné à la CPE et de lui soumettre ce rapport avant la fin juin 2011.

Lors de l'assemblée plénière du 24 juin 2011, les gouvernements cantonaux ont décidé d'approuver le projet de rapport du Conseil fédéral pour autant que les différences d'appréciation du Conseil fédéral et des gouvernements cantonaux y apparaissent de manière transparente. Enfin, l'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a pris acte du fait que le Conseil fédéral avait approuvé le rapport le 6 juillet 2011 et a confirmé sa décision antérieure de reprendre et d'approfondir la question des limites des compétences fédérales en politique étrangère dans le cadre des discussions sur les réformes internes.

Position au sujet des réformes internes

Dans le cadre de leur état des lieux en politique européenne du 25 juin 2010, les gouvernements cantonaux avaient relevé la nécessité impérieuse de procéder à des réformes institutionnelles internes pour consolider le fédéralisme et la démocratie non seulement en cas d'adhésion de la Suisse à l'UE, mais également dans la perspective d'un développement des relations bilatérales avec l'UE. Dès lors, les gouvernements cantonaux défendront et approuveront de nouveaux accords bilatéraux uniquement si des réformes internes sont entreprises et réalisées en même temps. Se basant sur de nombreux travaux d'approfondissement et des consultations écrites des gouvernements cantonaux, les gouvernements cantonaux ont renforcé cette position lors de l'assemblée plénière du 24 juin 2011 et ont précisé en même temps les réformes nécessaires.

Les cantons sont un maillon essentiel entre la Confédération et les citoyens pour communiquer une politique européenne de proximité. Cette tâche implique toutefois que les cantons puissent s'identifier à la voie tracée par la Confédération et que la Confédération associe les cantons au processus décisionnel. Les réformes requises visent à assurer que les cantons ne se voient pas relégués au rang de simples unités d'exécution de la Confédération. Il convient de compenser la perte en autonomie que subissent les cantons avec la voie bilatérale et la pression à la centralisation en renforçant la participation et la codécision des cantons. Finalement, il s'agit d'améliorer la qualité des décisions de politique européenne, de leur offrir une assise plus solide et d'étayer ainsi la capacité d'action de la Suisse dans ses relations extérieures.

Les gouvernements cantonaux estiment qu'il est nécessaire de renforcer les droits d'information et de participation des cantons tels qu'ils ressortent de la constitution et de la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération (LFPC). Il faut élargir le droit des cantons à être informés des dossiers de politique européenne. De plus, l'information aux cantons doit intervenir plus rapidement que jusqu'à présent. Il convient en outre de définir clairement comment les prises de position cantonales sont considérées et de leur accorder une meilleure pondération.

De l'avis des gouvernements cantonaux, les relations actuelles entre la Confédération et les cantons doivent être intensifiées aussi bien au niveau technique qu'au niveau politique. Néanmoins, les décisions seront toujours à prendre dans les organes actuels et selon les directives juridiques en vigueur. Les gouvernements cantonaux entendent poursuivre la collaboration intercantonale dans le cadre des structures de la CdC en place et faire légitimer cette collaboration par chacun des cantons.

En principe, les conflits entre la Confédération et les cantons sont à résoudre par le dialogue. Les gouvernements cantonaux plaident toutefois également pour une entrée en matière sur l'idée d'une procédure d'avis préjudiciel et d'examen préalable devant le Tribunal fédéral ainsi que pour une clarification des possibilités d'ancrer cette dernière juridiquement. Les efforts en cours pour étendre la juridiction constitutionnelle à l'égard des lois fédérales sont également soutenus. En particulier, il doit être possible à l'avenir de vérifier dans quelle mesure le législateur respecte l'organisation constitutionnelle des compétences.

Position au sujet de l'initiative populaire référendum en matière de traités internationaux

Lors de l'assemblée plénière du 24 juin 2011, les gouvernements cantonaux ont rejeté l'initiative populaire « Pour le renforcement des droits populaires dans la politique étrangère (accords internationaux : la parole au peuple !) ». L'approbation par le peuple et les cantons doit, du point de vue des gouvernements cantonaux, se limiter aux traités internationaux de portée constitutionnelle. Les gouvernements cantonaux soutiennent toutefois le contre-projet direct proposé par le Conseil fédéral. Ce texte permettrait de rétablir le parallélisme entre le droit international public et le droit national. Les dispositions juridiques des traités internationaux qui ont un caractère de loi, doivent être soumises au référendum facultatif. En revanche, les dispositions juridiques de nature constitutionnelle doivent être sujettes au référendum obligatoire, donc soumises à l'approbation du peuple et des cantons.

Politique intérieure

Développement futur de la collaboration confédération – cantons dans le domaine de la promotion l'intégration

Sur la base de recommandations de la Conférence tripartite sur les agglomérations et de travaux préliminaires de la Confédération et des cantons, les membres des gouvernements cantonaux responsables des questions d'intégration des étrangers ont discuté, en janvier 2011, avec la cheffe

du DFJP de la conception de la future collaboration Confédération – cantons en matière de promotion de l'intégration spécifique. Il a été décidé d'élaborer ensemble les principes régissant la future collaboration en matière de promotion de l'intégration spécifique. Le compromis qui a été trouvé à l'issue d'un processus de négociation intense a permis à la cheffe du DFJP et au président de la CdC de s'entendre sur des bases de décision à l'attention du Conseil fédéral et des gouvernements cantonaux. Les gouvernements cantonaux ont, lors d'une consultation de la CdC à l'été 2011, accueilli les résultats des négociations de manière très positive. Il est essentiel qu'un accord soit trouvé sur des objectifs de programme stratégiques communs et sur une clé de financement Confédération – cantons claire, qui se conforme au principe de l'équivalence fiscale et donc à l'idée d'un pilotage conjoint de cette tâche commune. Les changements des modalités de financement dans le domaine de l'asile et des réfugiés, qui permettent d'augmenter la sécurité dans la planification, ont aussi été salués. Sur cette base, l'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a adopté à l'unanimité les principes régissant la future collaboration Confédération – cantons en matière de promotion de l'intégration spécifique.

Le 23 novembre 2011, le Conseil fédéral a également approuvé les principes de la future collaboration Confédération – cantons dans le domaine de la promotion de l'intégration spécifique en tant que partie de son plan national d'intégration. Dans le même temps, le Conseil fédéral a adopté le projet en consultation sur la révision du droit fédéral en matière d'intégration (révision partielle de la loi sur les étrangers). Le même jour, la cheffe du DFJP et le président de la CdC se sont exprimés en conférence de presse sur les décisions. Le président de la CdC souligne que l'adhésion des gouvernements cantonaux aux principes de la collaboration Confédération – cantons dans le domaine de la promotion de l'intégration spécifique reste suspendu à la réserve de principe que le résultat de la négociation ne soit pas doublé par la révision prévue du droit de l'intégration de la Confédération.

Renouvellement de la convention-cadre au sujet de la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse

La convention-cadre concernant la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse conclue en 2007 est venue à expiration fin 2011. Afin d'assurer la continuité de la Stratégie suisse de cyberadministration, la Confédération et les cantons ont préparé ensemble le renouvellement de la convention-cadre et ont mené une consultation à l'été 2011. Sur la base des réponses des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a adopté une prise de position commune des cantons. L'orientation générale adoptée pour le renouvellement de la convention-cadre a été fondamentalement saluée. Les gouvernements cantonaux espèrent pouvoir tirer, notamment du plan d'action, nouveauté essentielle, des indications importantes pour la planification de leurs projets et pour la coordination avec les communes, ainsi qu'une meilleure alliance des efforts entre les niveaux institutionnels.

Sur cette base, l'Assemblée plénière du 16 décembre 2011 a approuvé la convention-cadre révisée concernant la collaboration Confédération – cantons en matière de cyberadministration pour les années 2012 – 2015. Fait nouveau, les cantons participeront de manière paritaire au financement d'un plan d'action destiné à la promotion de projets-clés. Pour ce plan d'action, des fonds à hauteur de 2,4 millions de francs au maximum sont prévus annuellement. Le Conseil fédéral ayant déjà approuvé la révision en novembre 2011, les adaptations ont pu entrer en vigueur début 2012.

Reconduction de la collaboration Confédération – cantons – villes / communes dans le cadre de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

En février 2001, le Conseil fédéral, la CdC, l'Union des villes suisses (UVS) et l'Association des communes suisses (ACS) ont créé la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). Conformément à la convention du 20 février 2001 sur la CTA, cette dernière a eu, dans un premier temps, un caractère de projet. Il était prévu qu'elle soit institutionnalisée une fois qu'elle aurait fait

ses preuves. A l'issue d'une première phase de projet de quatre ans, les membres de la CTA ont tiré un premier bilan positif en juin 2005. Ils ont décidé de reconduire la CTA jusqu'en 2009 et de procéder alors à une nouvelle évaluation. En octobre 2008, les membres de la CTA, ont décidé de prolonger la deuxième phase de projet jusqu'en 2011, afin de faire concorder la décision sur l'avenir de la CTA avec l'évaluation de la politique des agglomérations de la Confédération prévue pour 2010 / 2011.

Après que l'Assemblée plénière du 18 mars 2011 a, dans une prise de position commune, salué de manière fondamentalement positive les travaux de la CTA (cf. 2.1.3), l'Assemblée plénière du 16 décembre 2011 a pu approuver, comme les autres membres de la CTA, la convention révisée sur la CTA et accepter ainsi une reconduction de la CTA. Le secrétariat de la CTA continuera d'être assuré par la CdC ; or, fait nouveau, ce secrétariat tout comme les projets seront financés au travers d'une clé de répartition des coûts paritaire, soit la Confédération 1/3, les cantons 1/3 et l'UVS / ACS 1/6 chacune.

Parallèlement à la reconduction de la CTA, les membres de la CTA ont aussi adopté le Programme de travail pour 2012 – 2015. Le nouveau programme de travail de la CTA est toujours orienté sur les développements actuels dans les agglomérations et sur les défis qui en découlent. En ce qui concerne le développement de la politique des agglomérations, il faudra également accorder davantage d'attention aux besoins des territoires d'action à caractère métropolitain (Espaces métropolitains et Région de la capitale suisse). Etant donné que les espaces urbains et ruraux sont des espaces vitaux et économiques fonctionnels étroitement liés les uns aux autres, la CTA va désormais s'occuper d'intégrer également les territoires ruraux dans la collaboration tripartite. Pour des sujets appropriés, il convient d'axer à l'avenir la collaboration plus fortement sur des espaces fonctionnels au sein desquels ville et campagne coopèrent sur une base partenariale et sur un pied d'égalité.

Programme de consolidation 2012 / 2013 / Réexamen des tâches

Au printemps 2011, il est apparu que le contexte avait changé depuis l'adoption du message sur le programme de consolidation 2012 / 2013 (PCO) à l'automne 2010. A la mi-février 2011, le Conseil fédéral a procédé à une actualisation des projections de revenus. Le plan financier actualisé ne prévoit plus de déficits structurels dans le budget de la Confédération pour les années à venir, rendant ainsi caduc le motif du PCO 12 / 13. Suite à cela, les Chambres fédérales ont décidé de ne pas entrer en matière sur le PCO 12 / 13. Ainsi, les mesures d'économie à court terme de l'ordre de CHF 280 millions environ du réexamen des tâches que le Conseil fédéral voulait réaliser avec le PCO 12 / 13, sont pour l'instant balayées. Le Conseil fédéral s'est toutefois réservé la possibilité de remettre en discussion ces mesures si la situation budgétaire venait à se détériorer.

Les mesures à long terme du réexamen des tâches doivent être maintenues : A la fin 2011, les Chambres fédérales ont accepté une motion qui chargeait le Conseil fédéral de soumettre au Parlement, d'ici à la fin 2012, un message global pour l'examen des tâches qui ne nécessitent pas de message propre. Pour l'examen des tâches, qui, pour des questions de temps et à cause de leur complexité, ne peuvent pas être résumées dans un message global, le Conseil fédéral doit annoncer dans le même message la date à laquelle il pourra présenter un message indépendant au Parlement. Les autres travaux du réexamen des tâches doivent être suivis avec attention. Le risque que les allègements escomptés du réexamen des tâches pour le budget de la Confédération se reportent sur les cantons n'est pas encore exclu et reste actuel.

2.1.2 Bureau

Durant l'année sous revue, le Bureau a siégé les 11 février, 13 mai, 1^{er} août et 4 novembre. Outre la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est également occupé des dossiers suivants :

Politique extérieure

Coordination Confédération – cantons pour les rapports de pays sur les droits de l'homme

Durant l'année sous revue, le Bureau de la CdC s'est de nouveau penché sur la question de l'amélioration de la coordination avec la Confédération et entre les Conférences des directeurs lors de l'établissement de rapports de pays sur les conventions et traités internationaux dans le domaine des droits de l'homme. En vue des ressources limitées aussi bien du côté de la Confédération que de celui des cantons, il faudrait clarifier le plus rapidement possible la manière dont les cantons pourraient être associés de manière utile à l'élaboration des rapports de pays et aux enquêtes techniques et définir quelle(s) conférence(s) pourrai(en)t éventuellement assumer un rôle de coordination.

En guise de premier pas, le Bureau a décidé que le secrétariat de la CdC se mettait à la disposition de la Confédération comme centre de coordination et qu'il devait lui soumettre des propositions pour clarifier la procédure adéquate. Ponctuellement, le secrétariat de la CdC doit en outre assumer un rôle matériel de coordination. Selon l'évolution des choses, il faudra peut-être envisager également des efforts de coordination plus poussés.

Politique intérieure

Juridiction constitutionnelle

Au printemps 2011, la Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-N) a donné un avant-projet de modification de la Constitution fédérale visant à étendre la juridiction constitutionnelle en consultation. Etant donné que le projet concerne directement les cantons, le Bureau a décidé de soumettre une proposition de prise de position commune aux gouvernements cantonaux.

Dans le cadre d'une consultation interne, une majorité des gouvernements cantonaux a salué l'extension de la juridiction constitutionnelle proposée. Avec l'abrogation de l'art. 190 Cst., les lois fédérales pourraient désormais – comme c'est déjà le cas des ordonnances fédérales et des actes cantonaux – faire l'objet d'un examen judiciaire quant à leur compatibilité avec la Constitution fédérale en cas de conflit. Cette extension du contrôle des normes renforcerait non seulement l'Etat de droit mais aussi le fédéralisme car les lois fédérales pourraient également être examinées quant à leur compatibilité avec le partage des compétences, stipulé par la Constitution, entre Confédération et cantons. Dans ce sens, la proposition de la commission correspond également aux réflexions de la CdC sur les réformes internes nécessaires au renforcement de l'organisation étatique fédérale et démocratique dans le cadre de la politique européenne de la Confédération (cf. 2.1.1). La modification de la Constitution proposée soulève néanmoins des questions de mise en œuvre qui exigent une législation d'exécution spécifique. Une minorité des gouvernements cantonaux a rejeté le projet. Le quorum de 18 voix pour une prise de position consolidée n'a pas été atteint, raison pour laquelle la CdC a finalement décidé de ne pas prendre part à la consultation.

Dialogue avec les musulmans

Le DFJP mène depuis 2007 des entretiens avec la communauté musulmane. Suite à la votation populaire sur l'initiative anti-minarets, le « Dialogue avec la population musulmane » (titre provisoire) a été lancé au niveau fédéral. Six rencontres de travail se sont tenues en 2011 sous l'égide de l'Office fédéral des migrations (ODM), avec 18 musulmanes et musulmans invités à titre personnel. De l'avis des offices fédéraux impliqués, le dialogue avec la communauté musulmane en Suisse devrait désormais être mené en association avec les cantons et les communes. Lors de l'assemblée plénière du 24 juin 2011, les gouvernements cantonaux se sont cependant montrés très sceptiques vis-à-vis d'un dialogue national tripartite avec la population musulmane à l'échelle suisse. Afin de clarifier la suite des opérations, une rencontre politique Confédération – cantons a eu lieu à la mi-octobre 2011. Lors de cette rencontre, les cantons ont plaidé pour qu'un terme soit mis au Dialogue avec les musulmans au niveau fédéral et que celui-ci soit ramené au niveau des cantons et des communes. La délégation fédérale souhaitait en revanche continuer l'échange sur un plan national. Début novembre 2011, le Bureau a confirmé à la cheffe du DFJP que la position critique face à un Dialogue avec les musulmans tripartite sur le plan national était maintenue. Le Bureau a proposé de n'envisager qu'une seule rencontre politique commune réunissant la Confédération, les cantons et les interlocuteurs musulmans précédemment impliqués dans les discussions. L'objectif de cette rencontre politique est de préciser aux interlocuteurs musulmans quelles activités ont déjà cours aux différents niveaux étatiques et à quel niveau étatique et au sein de quels organes telle ou telle question concernant la population musulmane est débattue de manière opportune. La cheffe du DFJP a adhéré à cette proposition et il est maintenant prévu de mener cette rencontre au dernier trimestre 2012.

Possibilités de revalorisation de l'instrument de l'initiative des cantons : enquête auprès des chancelleries d'Etat (suivi en lien avec Iv. Pa. 10.440)

Déjà lors de l'audition par la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats (CIP-E) pour la consultation sur la Iv. Pa. 10.440 (cf. 2.1.3), les représentants des cantons avaient déjà soumis l'offre de rechercher, avec la Commission, des possibilités de revalorisation de l'instrument de l'initiative des cantons. Suite à la décision de la Commission du Conseil national d'examiner une nouvelle fois minutieusement le projet du Conseil des Etats et de mandater pour cela une sous-commission, l'offre a été répétée auprès de cette sous-commission. En guise de premier pas dans ce processus de réforme, le Bureau a décidé le 4 novembre 2011 de mener une enquête auprès des chancelleries d'Etat sur les pratiques actuelles et les possibilités de revalorisation de l'instrument de l'initiative des cantons. Les résultats de cette enquête seront disponibles à la fin 2012.

2.1.3 Prises de position

Les prises de position au nom de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons d'adopter leurs propres positions est garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations en préparation à des actes importants (art. 147 Cst.)

Iv. pa.10.440. Améliorer l'organisation et les procédures du Parlement : procédure applicable aux initiatives déposées par un canton ; objets d'une procédure de consultation

Dans le cadre de l'initiative parlementaire 10.440, la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats (CIP-E) a mis au point un projet global comportant plusieurs améliorations de

l'organisation et des procédures parlementaires et a ouvert à ce sujet une procédure de consultation. Les cantons étaient concernés par les deux amendements suivants :

- 1) Une initiative d'un canton ne peut être déposée que sous la forme d'un avant-projet rédigé d'un acte de l'Assemblée fédérale.
- 2) Il est possible de renoncer à une consultation lorsque le projet porte principalement sur l'organisation ou les procédures des autorités fédérales, ou sur la répartition des compétences entre les autorités fédérales.

Dans la prise de position commune adoptée par l'Assemblée plénière du 24 juin 2011, les cantons ont nettement rejeté ces deux propositions d'amendement : La mesure 1 est rejetée car elle restreint les droits de participation des cantons. Elle est qualifiée de disproportionnée parce qu'on pourrait atteindre l'objectif en introduisant une obligation de présenter un exposé des motifs que les cantons pourraient approuver. La mesure 2 paraît avoir une formulation trop générale. Les cantons entendent pouvoir décider eux-mêmes à l'avenir aussi s'ils sont concernés ou non par telle ou telle modification. Les cantons sont par exemple très intéressés de savoir si une tâche fédérale est accomplie par le Conseil fédéral, l'Assemblée fédérale ou le Tribunal fédéral, ces corps répondant tous les trois à la notion d'autorités fédérales.

Comme la commission a rejeté une prolongation du délai de consultation des trois mois habituels et que, de ce fait, la prise de position commune des cantons ne peut plus être prise en compte dans l'évaluation des résultats de ladite consultation, la CdC a eu à court terme la possibilité de défendre directement la position de rejet des cantons au cours d'une séance de la CIP-E. Malheureusement, ni la commission ni le plénum du Conseil des États n'ont tenu compte des requêtes des cantons.

Iv. pa.11.439. Dispositions transitoires complémentaires sur l'introduction du financement hospitalier : prise de position commune avec la CDS et la CDF

Selon cette intervention de la Commission de la sécurité sociale et de la santé du Conseil des États (CSSS-E), il était question, dans la dernière phase de la mise en œuvre de la la révision de la LAMal arrêtée par les Chambres fédérales il y a trois ans, de modifier les règles du jeu, modification ce que les cantons n'ont pu accepter.

Raison pour laquelle le Bureau a décidé, conjointement avec la CDS et la CDF, de signer une prise de position commune à l'attention de la CSSS-E. Les gouvernements cantonaux ont été informés de la prise de position tout en étant priés d'inclure leur argumentation dans leurs propres prises de position et d'en informer les membres du Conseil des États de leurs cantons. L'intervention a été rejetée par les Chambres à la session d'été de 2011.

Modification de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPF-CC)

Le 30 septembre 2011, l'Assemblée plénière a adopté une prise de position sur la modification proposée de la péréquation financière et la compensation des charges (OPCC). Elle s'est inspirée à cet égard des décisions de l'Assemblée plénière de la CDF concernant les questions techniques relatives à l'adaptation des facteurs Alpha (pondération des fortunes des personnes physiques), Beta (pondération des bénéfices des personnes morales jouissant d'un statut fiscal spécial) et Epsilon (traitement des taxations provisoires). Quant aux questions concernant la mise en œuvre de mesures au sujet desquelles les cantons s'étaient déjà déterminés dans le cadre de leur prise de position du 25 juin 2010 sur le rapport sur l'évaluation de l'efficacité 2008 – 2011, les décisions prises à l'époque pouvaient être confirmées.

Réformes structurelles de la prévoyance professionnelle

En mars 2010, les Chambres fédérales ont adopté ce qu'on appelle la réforme structurelle de la prévoyance professionnelle. Les adaptations apportées à la loi fédérale sur la prévoyance profes-

sionnelle vieillesse, survivants et invalidité ont pour objet de renforcer la surveillance de la prévoyance professionnelle, de régler plus clairement les tâches des différents acteurs dans le deuxième pilier et d'obtenir une plus grande transparence dans l'administration des institutions de prévoyance professionnelle. C'est dans ce but, notamment, que la surveillance directe dans la prévoyance professionnelle est dévolue intégralement aux cantons. La haute surveillance, qui relevait du Conseil fédéral, revient à une Commission de haute surveillance indépendante. Dans le cadre de la consultation à ce propos, cette solution avait été saluée par les cantons.

Fin novembre 2010, le DFI a lancé une consultation sur les modifications d'ordonnance nécessaires, ce qui a amené l'Assemblée plénière du 18 mars 2012 à adopter une prise de position commune des cantons. Celle-ci relève que certaines prescriptions dans les projets d'ordonnance présentés ont une portée dépassant de loin les objectifs de réforme stipulés par la loi. Notamment la Commission de haute surveillance (CHS) prévue a été jugée largement surdimensionnée et beaucoup trop onéreuse. Les dispositions d'ordonnance proposées se sont inspirées d'un besoin de contrôle intégral de la Confédération sur la surveillance directe des cantons.

Le Conseil fédéral s'est vu par la suite dans l'obligation de redimensionner légèrement la CHS. Le danger que la CHS impose sans cesse de nouvelles règles à la surveillance directe ainsi qu'aux institutions de prévoyance, ne serait-ce que pour prouver le bien-fondé de son existence, continue néanmoins de planer. Ceci rendra encore plus coûteux l'appareil bureaucratique du deuxième pilier du système de prévoyance vieillesse – lequel est de toute façon déjà onéreux – ce qui se répercutera au final sur les rentes des assurés.

Prise de position dans le cadre de la participation au processus décisionnel de la Confédération (art. 45 Cst.)

Programme de législature 2011 – 2015 de la Confédération

Sur la base d'une consultation auprès des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs reposant sur les éléments stratégiques du Conseil fédéral du 29 juin 2011, l'Assemblée plénière a adopté le 30 septembre 2011 une prise de position sur le programme de législature de la Confédération 2011 – 2015 (cf. ch. 2.1.1.). Les requêtes essentielles suivantes ont été retenues :

Aux yeux des cantons, il faut continuer de renforcer la collaboration partenariale Confédération – Cantons. Les défis auxquels la Suisse sera confrontée à l'avenir doivent être relevés de manière conjointe, ce qui implique une collaboration dans toutes les phases de l'élaboration législative. La Confédération doit donc observer systématiquement les droits d'information et de participation des cantons en vigueur. Seul un respect mutuel entre la Confédération et les cantons en tant que partenaires permettra de faire valoir pleinement les atouts du système fédéral suisse. Les gouvernements cantonaux considèrent en outre que toute avancée dans les relations avec l'UE doit être subordonnée à la condition absolue que soient entreprises des réformes internes destinées à consolider le fédéralisme et la démocratie directe (cf. ch. 2.1.1.).

Les cantons rejettent catégoriquement tout autre transfert de charges sur les cantons : Des finances fédérales saines sont d'un intérêt vital pour les cantons aussi. Néanmoins, et contrairement à une pratique qui s'est répétée lors de précédents trains de mesures, la Confédération ne saurait simplement répercuter les coûts sur les cantons. Les conséquences financières pour les cantons devront aussi toujours apparaître clairement lorsque des nouvelles règles fédérales sont élaborées. Si un surcroît de dépenses en résulte pour les cantons, c'est à la Confédération de le compenser.

Les gouvernements cantonaux attendent en outre de la Confédération qu'elle respecte rigoureusement les principes de subsidiarité et d'équivalence fiscale tels qu'ils sont inscrits dans la Constitution suite à la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la

Confédération et les cantons (RPT). Les compétences des cantons telles qu'elles sont inscrites dans la Constitution fédérale doivent être respectées.

Prises de position dans le cadre de la participation aux décisions de politique étrangère (art. 55 Cst.)

Lors de l'assemblée plénière du 24 juin 2011, les gouvernements cantonaux ont pris position sur le mandat de négociation pour l'élaboration d'un accord de libre-échange entre les États de l'AELE et le Vietnam. Ils ont salué à cette occasion l'ouverture de négociations globales sur un accord de libre échange avec le Vietnam.

L'Assemblée plénière a en outre été informée qu'il était prévu du côté de la Confédération d'ouvrir une consultation sur l'ouverture de négociations avec l'UE en vue de l'octroi réciproque de droits dans le transport aérien (cabotage). Comme les gouvernements cantonaux avaient déjà approuvé quant au principe les négociations sur les droits de cabotage dans le cadre d'une précédente prise de position sur l'Accord sur le transport aérien Suisse – UE datant de 1999, le groupe de travail Transports aérien de la CdC a été habilité à élaborer la prise de position à ce sujet. Le projet mis au point par ce groupe a été adopté par le Bureau de la CdC le 1^{er} septembre 2011.

Se fondant sur une prise de position à ce sujet de la Conférence des directeurs de l'agriculture (CDA), l'Assemblée plénière du 30 septembre 2011 a pris position sur un mandat de négociation de la Confédération sur l'actualisation et l'extension d'accords sur le commerce de produits agricoles avec certains partenaires de libre-échange avec la Suisse.

Lors de la séance du 16 décembre 2011, les gouvernements cantonaux ont finalement adopté une prise de position commune sur le durcissement des mesures d'accompagnement concernant la libre circulation des personnes. Au vu d'une évaluation effectuée par la Conférence des directrices et des directeurs de l'économie publique (CDEP), les gouvernements cantonaux soutiennent quant au principe les mesures proposées par le Conseil fédéral.

Positions adoptées dans le cadre d'auditions organisées par d'autres institutions

Projet en consultation sur le Projet de territoire Suisse

En date du 11 mai 2006, le DETEC, la CdC et la DTAP ainsi que l'Association des communes suisses et l'Union des villes suisses ont convenu d'élaborer ensemble un Projet de territoire Suisse, avec pour objectif de mettre au point une conception uniforme pour toute la Suisse servant de base à une politique d'aménagement du territoire coordonnée entre les trois niveaux institutionnels.

Le 30 août 2010, le groupe de suivi politique au Projet de territoire Suisse a adopté un premier projet du concept en vue d'une large consultation auprès de la Confédération, des cantons et des communes ainsi que des autres milieux intéressés.

Suite à une large consultation auprès des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière du 24 juin 2011 a adopté, au sujet du projet en consultation, une prise de position par laquelle ils saluent le projet présenté et le considèrent comme un cadre de référence approprié pour la direction stratégique des activités de la Confédération, des cantons, des villes et des communes ayant une incidence sur le territoire. Les objectifs et stratégies que le rapport contient sont soutenus dans leur principe. Les gouvernements soulignent cependant que la compétence en matière d'aménagement du territoire revient en premier lieu, selon la Constitution, aux cantons et que, par conséquent, on ne saurait déduire du Projet de territoire une quelconque obligation contraignante pour

les responsables de l'aménagement. D'un point de vue matériel, on déplore que les propos relatifs aux espaces ruraux paraissent vagues, sans caractère contraignant et peu conceptuels. Dans le chapitre sur la mobilité, il est souligné que le retard de certaines régions dans la réalisation des infrastructures nationales et régionales, pourtant indispensables à leur compétitivité et à un développement territorial polycentrique, est inadmissible. A ce point de vue, le Projet de territoire Suisse devrait, dans sa formulation, s'orienter davantage sur l'avenir et moins sur le statut quo.

Décision de principe quant à la reconduction de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

En été 2010, la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) a invité ses membres à procéder à l'évaluation de la CTA selon leurs points de vue et à se déterminer sur sa reconduction. Elle s'est fondée sur le Rapport du Groupe de travail technique « Bases pour la décision de principe quant à la reconduction de la CTA » et sur les recommandations de la CTA à ce sujet.

A l'assemblée plénière du 18 mars 2011, une prise de position sur la décision de principe concernant la reconduction de la CTA a été adoptée, position reposant sur une large consultation des gouvernements cantonaux et par laquelle la CdC se rallie à l'évaluation globalement positive de la CTA. De même, la CdC se rallie à la recommandation de la CTA selon laquelle celle-ci doit d'abord être reconduite en tant que conférence sur les agglomérations avec le mandat de démontrer, dans le cadre du programme de travail dès 2012, les moyens d'associer l'espace rural de manière adéquate à la collaboration tripartite. Aux yeux de la CdC, l'association des espaces ruraux est une préoccupation centrale et doit se dérouler sur un pied d'égalité dans un esprit de collaboration partenariale. S'écartant des recommandations de la CTA, la CdC se prononce en faveur d'une nouvelle clé de financement paritaire (1/3 Confédération, 1/3 CdC et 1/6 chacune UVS / ACS) pour les coûts de projet et de secrétariat.

Par la suite, ces requêtes de la CdC ont été intégralement prises en considération dans la convention CTA révisée ainsi que dans le programme de travail 2012 – 2015 de la CTA.

2.1.4 Collaboration Confédération – cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Deux fois par année, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se retrouvent à l'occasion du « Dialogue confédéral Confédération – cantons ». Cette rencontre a pour but de détecter rapidement des problématiques de coopération dans les relations entre Confédération et cantons ainsi que d'assurer l'échange d'informations et d'opinions sur des thèmes importants concernant le fédéralisme.

En 2011, le Dialogue confédéral a réuni le Bureau et une délégation du Conseil fédéral les 18 mars et 4 novembre. Les sujets abordés dans ce cadre étaient notamment : La politique européenne (questions institutionnelles dans les rapports CH – UE et réformes internes), les exigences de l'UE relatives à la fiscalité cantonale des entreprises, les limites aux compétences de la Confédération dans les affaires étrangères (recommandation CdG-E), les principes régissant la future collaboration Confédération – cantons en matière de promotion de l'intégration spécifique, la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse, (renouvellement de la convention-cadre), la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, le rapport de monitoring « Fédéralisme » 2010 et l'anniversaire « 20 ans de la CdC ».

Stammtisch des cantons

Chaque lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres fédérales, la CdC invite à un « Stammtisch des cantons ». Visant à entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et à intensifier les échanges de vues, des membres du Bureau de la CdC et d'autres conseillers d'Etat

se réunissent dans ce cadre informel avec des députés au Conseil des États ainsi que des conseillers et conseillers nationaux anciennement membres de gouvernements cantonaux. Les séances du Stammtisch sont toujours consacrées à des thèmes d'actualité politique.

En 2011, quatre Stammtisch ont été organisés : ils ont coïncidé avec les sessions parlementaires et porté sur les thèmes suivants : l'avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers, l'état de la mise en œuvre du nouveau financement hospitalier, le contreprojet du Conseil fédéral à l'initiative populaire « Oui à la médecine de famille », l'initiative pour l'extension du référendum en matière de traités internationaux, l'avenir de la politique énergétique suisse, l'initiative parlementaire 10.440. Améliorer l'organisation et les procédures du Parlement, la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire ainsi que les projections sur la prochaine législature 2011 – 2015.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Deux fois par année a lieu une rencontre entre le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC qui permet une discussion commune sur des thèmes d'actualité politiques ou des questions permettant d'optimiser la collaboration entre Conseil des États et CdC.

Au cours de l'année, une rencontre avec le Bureau du Conseil des États a eu lieu le 14 mars et une autre le 18 novembre 2011. Outre des questions générales de collaboration, les thèmes suivants ont été abordés : l'association des cantons au traitement des interventions parlementaires dans les commissions du Conseil des États, l'audition des cantons sur le programme de législature 2011 - 2015 de la Confédération, la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, le rapport de monitoring Fédéralisme 2010, la 3^e Conférence nationale sur le fédéralisme ainsi que l'anniversaire marquant les « 20 ans de la CdC ».

Auditions parlementaires

Il est laissé à l'appréciation de chaque présidence des commissions d'inviter ou non les cantons ou une délégation des cantons à des auditions, notamment lorsque les intérêts des cantons sont concernés.

Dans l'idée que ces intérêts soient mieux pris en compte au Conseil des États, des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont décidé lors d'une rencontre, le 7 octobre 1998, d'associer davantage les représentants des cantons (via les conférences des directeurs ou la CdC) au travail des commissions du Conseil des États. En application de cette décision, le secrétariat du Conseil des États transmet toujours à la CdC, peu avant le début des sessions, une liste des objets qui seront examinés en commission. Durant l'année sous revue, des délégations de la CdC ont pris part aux auditions suivantes :

Date	Commission	Points à l'ordre du jour
17.01.2011	CPE-E	3 ^e Convention-cadre européenne sur la coopération transfrontalière des collectivités ou autorités territoriales (conclue à Madrid)
27.06.2011	CIP-E	Iv. pa. 10.440. Améliorer l'organisation et les procédures du Parlement (Procédure applicable aux initiatives déposées par un canton ; objets d'une procédure de consultation)
05.09.2011	CPE-E	Actualisation Annexe II ALCP (Reconnaissance des diplômes)

2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales

La coordination avec les conférences des directeurs se fait dans le cadre de la Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est géré par la CdC. Le thème principal de l'assemblée de printemps du 16 mars 2011 était la détermination de la procédure pour la participation des cantons au programme de législature 2011 – 2015 de la Confédération. Une assemblée supplémentaire en avril a été consacrée à la mise au point d'une prise de position commune. L'assemblée d'automne s'est tenue dans le cadre d'une séance spéciale (retraite) le 30 novembre 2011 sur le Gurten. Avec le soutien d'un animateur externe, des discussions ont porté sur l'évolution de la collaboration entre les conférences des directeurs et la CdC et ont abouti aux travaux de révision de la réglementation-cadre sur la méthode de travail de la CdC et des conférences intercantionales des directeurs concernant la coopération entre la Confédération et les cantons. Ladite réglementation-cadre doit être consolidée et complétée par des dispositions relatives à la coordination technique entre les conférences.

Cellule de coordination technique de la CoseCo

La cellule de coordination technique, gérée par la CdC, réunit les secrétaires générales et secrétaires généraux de toutes les conférences sises à la Maison des cantons. Elle siège quatre fois par année, au rythme des sessions du Parlement fédéral, et examine les nouveaux projets mis en consultation, les projets législatifs de la Confédération et les projets transsectoriels. L'objectif de cette coordination technique régulière est de fédérer la défense des intérêts des cantons afin de présenter autant que possible un front uni face à la Confédération. Partant des réactions de toutes les conférences, il est constaté dans quelle mesure lesdits projets les touchent ; la situation quant à l'intérêt que ceux-ci présentent pour les cantons est discutée puis la responsabilité de chaque objet attribuée.

Colloque politique CdC – Conférences des directeurs des 17 et 18 février 2011

Après 2008 s'est tenu sur invitation de la CdC, le 17 / 18 février 2011, le deuxième Colloque politique (« Klausur ») des présidents et présidents des conférences des directeurs et de la CdC. Dans la première partie, les « Réformes internes visant à renforcer le fédéralisme participatif » ont été discutées. C'est surtout au regard des droits d'information et de participation ainsi qu'en lien avec les structures d'organisation de la participation que les besoins d'intervenir ont été constatés. La deuxième partie a été consacrée au thème « Stratégies politiques pour une participation constructive des cantons à la politique fédérale ». En l'espèce, on a débattu notamment de nouvelles améliorations dans la collaboration entre les conférences. Un point sur lequel les présidences des conférences se sont mises d'accord était de fixer davantage de thèmes et de projets stratégiques et de les poursuivre. Il faudra à cet effet que des colloques présidentiels spéciaux aient lieu à l'avenir une fois par année.

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétaires des conférences gouvernementales régionales ainsi que le secrétaire de la conférence gouvernementale de l'Espace métropolitain de Zurich se sont rencontrés le 7 juin et le 7 décembre 2011 avec le secrétariat de la CdC pour un échange d'idées et d'informations.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles 2010

Pour la première fois, le rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles a été élaboré par la Fondation ch dans le cadre du projet CoCIP, « Vue d'ensemble des coûts liés aux conférences gouvernementales et sectorielles ». L'Assemblée plénière de la CdC a pu prendre connaissance des résultats du projet lors de sa séance du 16 décembre 2011.

Clé de répartition des coûts des conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

Une proposition du canton des Grisons visant à introduire, pour la répartition des coûts de la CdC et des conférences des directeurs, un financement mixte comportant une contribution de base et un montant variable proportionnel à la population a été rejetée par l'Assemblée plénière le 30 septembre 2011 laquelle a, ce faisant, indiqué que la clé de répartition ne serait réajustée qu'au printemps. La transmission des recommandations aux autres conférences a été refusée.

Harmonisation du rapport d'activités des conférences : recommandations à l'attention des conférences des directeurs

Dans le cadre du projet CoCIP, une consultation sur les exigences minimales vis-à-vis du reporting annuel des conférences a été menée fin 2010- début 2011. Le 18 mars 2011, l'Assemblée plénière de la CdC a adopté sur cette base des standards minimaux, qui ont été communiqués aux présidences des conférences des directeurs avec prière de les prendre en considération.

Forum des fédérations : programme de stages

Durant l'année sous revue, le programme de stage ou « internships » a été reconduit. Il a été lancé en collaboration avec le Forum des fédérations (FoF) et l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF) et a pour objectif de permettre à de futurs cadres des secteurs de la politique, de l'administration et de la science, issus de pays en développement et en transition, d'accomplir, après sélection, un stage de 6 semaines dans une administration cantonale pour y voir à l'œuvre un Etat fédéral. Les stages, qui ont été financés par le FoF en 2011 et que l'IFF organise chaque année en août/septembre, ont lieu juste après la clôture de l'Université d'été. En 2011, des stages ont pu une fois de plus être effectués dans six cantons (BE, FR, SG, AG, TG et TI). Les responsables cantonaux comme les stagiaires ont donné un feedback très positif des expériences réalisées dans le cadre de ces stages.

Les 20 ans de la CdC

La date du 8 octobre 2013 marquera les 20 ans de l'engagement de la CdC en faveur des préoccupations fédéralistes des gouvernements cantonaux. Un anniversaire est toujours aussi l'occasion de se livrer à des réflexions sur l'avenir. C'est pourquoi l'Assemblée plénière a décidé, lors de sa séance du 30 septembre 2011, d'honorer l'anniversaire des 20 ans de la CdC par différentes activités. Il faut notamment profiter de cette année anniversaire pour présenter au public les avantages du fédéralisme et de la collaboration intercantonale.

Le 16 décembre 2011, l'Assemblée plénière a adopté un concept détaillé des activités envisagées pour marquer l'anniversaire. Tout à fait dans l'esprit du fédéralisme, les quatre assemblées plénières de l'année des 20 ans de la CdC n'auront, pour une fois, pas lieu à Berne, mais elles seront décentralisées dans les régions. Le 8 octobre 2013, jour de l'anniversaire, une cérémonie officielle est en outre prévue et la brochure commémorative sera présentée au public lors de celle-ci.

Rapport de monitoring Fédéralisme

Sur mandat de la Fondation ch, les rapports annuels de monitoring « Fédéralisme » sont élaborés par le secrétariat de la CdC. Ce dernier peut s'appuyer sur les précieuses contributions des secrétariats des conférences des directeurs, des conférences régionales des directeurs ainsi que de différentes instances externes. Le rapport 2012 a pu être adopté par l'Assemblée plénière le 18 mars 2012. Le concept pour le rapport de monitoring Fédéralisme est actuellement examiné par la Fondation ch.

2.2.2 Politique extérieure

En sus de nombreuses autres activités en lien avec la représentation des intérêts des cantons dans les questions de politique extérieure et des autres activités déjà mentionnées, les activités suivantes figuraient au premier plan en 2011 :

Politique européenne

Après adoption de la prise de position sur les réformes internes le 24 juin 2011, la position des gouvernements cantonaux a été exposée à une délégation du Conseil fédéral et ensuite aux médias.

Comme lors des années précédentes, des représentants des divers groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont aussi participé aux séances des comités mixtes dans les domaines Libre circulation des personnes, Transports terrestres et Transport aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a continué d'observer de manière générale et d'analyser le développement des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE et a organisé, via ses groupes de travail, une série de consultations informelles concernant la reprise et la mise en œuvre des nouveaux développements juridiques.

Le suivi des développements de Schengen/Dublin ainsi que, en collaboration avec la CCDJP, la préparation de la mise en œuvre de ces développements dans les cantons se sont aussi poursuivis. Des représentants de l'organisation d'accompagnement Schengen/Dublin de la CdC (OASD) ont participé durant l'exercice à nombre de séances des groupes de travail compétents de l'UE à Bruxelles portant sur l'élaboration des développements de l'acquis Schengen/Dublin.

Conjointement avec la CDEn, le secrétariat de la CdC a aussi accompagné les négociations engagées en novembre 2007 avec l'UE relatives à un accord dans le domaine de l'électricité.

Par ailleurs, en collaboration avec le secrétariat central de la CDS, le secrétariat de la CdC a suivi les négociations en cours sur un accord de libre-échange avec l'UE dans les secteurs de l'agriculture et de la santé.

Imposition des entreprises dans les cantons

Le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC a suivi tout au long de l'année sous revue l'évolution du contentieux survenu avec l'UE à propos de certains régimes fiscaux cantonaux. Il a contribué, conjointement avec les offices compétents de la Confédération, à définir la position suisse sur cette question et a préparé les décisions politiques y relatives des organes compétents de la CDF et de la CdC.

EuRéfCa

Le groupe de travail EuRéfCa a élaboré en 2011 les bases de décision nécessaires en vue de l'adoption des décisions des gouvernements cantonaux concernant les besoins de réformes internes.

Accords de libre-échange avec des Etats hors UE

Le groupe de travail Services de la CdC s'est employé durant l'exercice à suivre de près les efforts intenses déployés par la Confédération pour conclure des accords de libre-échange - bilatéraux ou dans le cadre de l'AELE - avec des Etats tiers non-membres de l'UE.

OMC / AGCS

Le secrétariat a continué d'observer les développements dans le cadre des négociations de l'OMC en cours.

Lutte contre la corruption

Durant l'année sous revue, le secrétariat de la CdC a pris part à plusieurs séances du groupe interdépartemental pour la lutte contre la corruption (GTID), institué par le Conseil fédéral le 19 décembre 2008 et aux travaux duquel les cantons ont toujours été étroitement associés. La coordination de la participation des cantons à un contrôle mené par des experts de l'OCDE a marqué l'année sous revue.

2.2.3 Politique intérieure

Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT)

En vue du début de l'élaboration du deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité (rapport d'efficacité), la délégation des cantons dans le groupe spécialisé sur le rapport d'efficacité a été nouvellement constituée.

L'Administration fédérale des finances a organisé deux séminaires sur les expériences réalisées autour de l'application de l'instrument de Convention-programme dans les domaines de la mensuration officielle et de la protection contre les crues.

Controlling RPT : Listes des objets, compte rendu parlementaire

Le controlling RPT, autrement dit la vérification du respect des principes de la subsidiarité et de l'équivalence fiscale ainsi que l'introduction de nouvelles formes de collaboration dans l'exécution des tâches fédérales par les cantons, fait partie des tâches permanentes de la CdC. Sur la base des listes établies par la cellule de coordination technique de la CoseCo (cf. 2.1.5), les projets mis en consultation ou les projets législatifs de la Confédération font l'objet d'une analyse systématique. Les listes des objets sont présentées chaque trimestre pour information au Bureau de la CdC et aux gouvernements cantonaux. A l'issue de chaque session, un compte rendu parlementaire sur les négociations des objets aux Chambres fédérales est rédigé.

CAI : Dépôt préventif d'une demande de médiation : interprétation de la qualité pour agir selon l'Art. 32, al. 2 ACI

En lien avec la prise en charge des coûts dans une institution pour personnes handicapées, l'Office de la santé publique et des affaires sociales du canton de Schwyz a demandé l'ouverture d'une procédure préalable informelle conformément à l'article 33 de l'accord-cadre pour la collaboration intercantonale, assortie d'une compensation des charges ACI. Conformément à la formulation de l'Art. 32, al. 2 ACI, la qualité pour agir de la requérante lui a été contesté et il lui a été communiqué que la demande devait être déposée par le gouvernement. Suite à cela, l'Office a été formellement habilité par le canton de Schwyz à déposer la demande de médiation mais la procédure a été dans le même temps suspendue jusqu'à nouvel ordre. L'ouverture de la procédure et sa suspension ont

été communiquées au canton de Schwyz, ainsi qu'aux autres cantons concernés, Zurich et St-Gall.

Motions du canton de Berne

Le gouvernement du canton de Berne s'est adressé à la CdC, en octobre 2010, sur mandat de son Grand Conseil, et a émis les propositions suivantes : 1. Création de bases légales irréfutables sous forme de convention intercantonale pour la Conférence suisse des impôts (CSI) et mise en place d'une commission interparlementaire de contrôle, 2. Vérification et, le cas échéant, révision des bases légales des conférences des directrices et directeurs cantonaux et des conférences intercantionales de fonctionnaires spécialisés et 3. Mise en place d'un recueil officiel des conventions intercantionales.

Au deuxième trimestre 2011, la CdC a mené une consultation interne afin d'établir si elle devait se pencher plus attentivement sur les demandes bernoises ou non. Les gouvernements cantonaux n'ont pas exprimé un besoin d'intervention au niveau de la base légale de la CSI. De même, la grande majorité des gouvernements cantonaux ne voit aucune raison d'agir au niveau de la base juridique des conférences des directeurs intercantionales ainsi qu'à celui des conférences des hauts fonctionnaires. A l'exception de la CDIP, ni les conférences gouvernementales et conférences des directeurs, ni les conférences techniques, ne sont dotées de pouvoirs législatifs. Par conséquent, elles ne nécessitent d'aucune base juridique formelle pour agir. En ce qui concerne l'établissement d'un recueil des conventions intercantionales, une majorité des gouvernements cantonaux s'est prononcée en faveur d'une solution pragmatique.

L'Assemblée plénière du 30 septembre 2001 a donc décidé de ne pas entrer en matière sur les requêtes du canton de Berne. Elle a néanmoins été d'accord d'examiner la mise en place d'une vue d'ensemble du droit intercantonal en optimisant la banque de données internet LexFind de l'Institut du fédéralisme qui, aujourd'hui déjà, documente le droit intercantonal.

Programme national de prévention « Les jeunes et la violence »

Avec le programme national de prévention « Les jeunes et la violence », la Confédération, les cantons, les villes et les communes, se sont mis d'accord pour collaborer ces cinq prochaines années en matière de prévention et de lutte contre la violence des jeunes. Le programme comprend trois points forts : La ligne programmatique « Apprendre l'un de l'autre » vise, à travers différents projets, à la construction d'une base de savoir sur les bonnes pratiques en matière de prévention de la violence. Dans le cadre de la deuxième ligne programmatique « Transférer les connaissances », il convient de transmettre le savoir acquis et consolidé le plus largement possible et de manière très pratique. La troisième ligne programmatique a pour but d'améliorer la combinaison prévention-intervention-répression.

Un groupe de pilotage tripartite a été institué pour la conduite stratégique des activités du programme. Il a débuté son activité en novembre 2010. Y participent, du côté des cantons, des délégations des secrétariats de la CDC, de la CDIP, de la CCDJP et de la CDAS. Le groupe de pilotage émis un mandat pour obtenir une vue d'ensemble des structures existant actuellement ainsi que des stratégies et des mesures de prévention aux niveaux des cantons, des villes et des communes suisses. Des exemples d'approches pour le développement de stratégies et de concepts dans le domaine de la prévention de la violence seront ainsi exposés aux acteurs intéressés. Le groupe de pilotage a en outre choisi des projets devant être évalués dans le but d'identifier des éléments contribuant efficacement à la prévention de la violence et de rendre ceux-ci utilisables par d'autres. Par ailleurs, on a désigné des modèles de projets jugés convaincants par leur qualité, leurs approches innovantes et leur potentiel de transfert. Au niveau technique, un réseau d'instances cantonales et communales pour la prévention de la violence a été constitué. Ce réseau permettra de faire connaître les activités du programme dans les cantons et les communes. En

tant que plateforme d'information, il servira en outre à l'échange régulier au niveau technique et à la collaboration dans la maîtrise des enjeux actuels en matière de prévention de la violence.

Postulat Fehr. Protection des enfants et des jeunes contre la violence au sein de la famille

Dans le postulat Fehr (07.3725), le Conseil fédéral est invité à proposer dans un plan d'action des mesures concrètes visant à mieux protéger les enfants contre la violence au sein de la famille. En réponse au postulat, l'OFAS élabore un rapport et a mis en place pour l'accompagnement des différents travaux un groupe de travail aux bases élargies, dans lequel les offices fédéraux concernés (ODM, OSFP, OFJ, BFEG, CFEJ, COFF) et des représentants des cantons (secrétariats de la CDC, CDAS CDIP, COPMA) se retrouvent. Le groupe de travail a d'abord analysé les approches de solution existant déjà au niveau de l'état. Il a été souligné que les compétences dans ce domaine se répartissaient certes entre les trois niveaux étatiques et d'autres acteurs, mais que c'est en premier lieu de la compétence des cantons et des communes que relevait la protection des enfants et des jeunes. Pour l'OFAS, le groupe de travail a exposé, d'un point de vue technique, les prestations de base générales d'un système moderne d'aide à l'enfance et à la jeunesse qui devraient être disponibles et accessibles afin de garantir une assistance correspondant aux besoins des enfants, des jeunes et des familles. Le groupe de travail souhaite ainsi contribuer à la clarification de concepts centraux et au développement d'une conception nationale commune de l'aide à l'enfance et à la jeunesse. Par ailleurs, le rapport doit se pencher en particulier sur la question d'une coordination nationale renforcée dans le domaine de la protection de l'enfance. Selon toutes probabilités, le rapport sera adopté par le Conseil fédéral dans la deuxième moitié de l'année 2012.

Conférence tripartite sur les agglomérations

La Commission Villes a préparé la position de la délégation cantonale sur les objets à l'ordre du jour des séances de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA).

Dans la perspective de la reconduction de la CTA, il convenait également de clarifier la relation entre les organes de la CdC et la délégation cantonale au sein de la CTA. La procédure de nomination de la délégation représentant les cantons au sein de la CTA a été jusqu'à présent relativement faible par rapport à celle d'autres commissions et groupes de travail politiques de la CdC (p. ex. Commission Europe, groupe de travail EuRéfCa). Dans ce contexte, l'Assemblée plénière de la CdC du 30 septembre 2011 a approuvé une nouvelle procédure de nomination et d'élection de la délégation des cantons à la CTA. Désormais la procédure de nomination des membres de la délégation cantonale CTA doit se calquer sur celle suivie pour le Bureau de la CdC, à savoir via les conférences gouvernementales régionales et les cantons disposant d'un siège permanent.

Conférence nationale sur l'intégration des étrangers

Sur invitation de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA), environ 250 décideuses et décideurs d'institutions étatiques ou non étatiques se sont réunis à Soleure le 12 mai 2011 pour la Deuxième conférence nationale sur l'intégration des étrangers. Les 26 cantons y ont pris part avec des délégations de plusieurs personnes, dirigées pour la plupart d'entre elles par le membre du gouvernement responsable de l'intégration et comprenant également des présidents de villes et de communes. Il a été discuté des succès de la politique d'intégration rencontrés jusqu'ici, des problèmes les plus urgents et des pistes d'action possibles. En amont de la conférence, le Conseil fédéral, les gouvernements cantonaux et les associations de commune s'était mis d'accord sur le fait de diriger la politique d'intégration suisse selon les quatre principes de base « Réaliser l'égalité des chances », « Tenir compte de la diversité », « Exploiter les potentiels » et « Exiger la responsabilité individuelle ».

La conférence CTA sur l'intégration a montré que les échanges avec les acteurs non étatiques, en particulier avec l'économie et les migrantes et migrants, étaient essentiels en ceci qu'ils permet-

taient de parler ensemble plutôt que les uns des autres et qu'à ce titre il fallait les intensifier. Un réel besoin d'intervention existe au niveau des initiatives communes impliquant des acteurs étatiques et non étatiques et visant à améliorer l'intégration. LA CTA a intégré des projets correspondants dans son programme de travail 2012 – 2015.

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations

Le secrétariat de la CTA a assuré les travaux préliminaires et de suivi liés aux séances de la CTA des 1 juillet et 11 novembre 2011 ainsi que des séances du Groupe de travail technique tripartite (GTT). Outre les deux séances ordinaires du 4 mai et du 22 septembre, des séances extraordinaires en lien avec la préparation du programme de travail 2012-2015 de la CTA ont eu lieu les 29 mars, 16 mai, 31 octobre et 7 décembre de l'année sous revue.

En vue de la séance de la CTA du 1^{er} juillet 2011, le secrétariat a évalué la consultation auprès des membres sur le rapport de la CTA « Bases pour la décision de principe quant à la reconduction de la CTA ». Il a développé le programme de travail 2012-2015 de la CTA en étroite collaboration avec le GTT. En préparation à la séance de la CTA du 11 novembre 2011, le secrétariat a évalué une consultation à ce sujet auprès des membres de la CTA et a préparé, en accord avec le GTT, un projet d'adaptation du programme de travail. Parallèlement, le secrétariat a commencé les premiers travaux préliminaires pour la mise en œuvre de ce programme de travail. De plus, il a accompagné les premières discussions sur la révision de la convention de la CTA.

La préparation du séminaire « Financement et compensation des charges dans les agglomérations » du 31 mars 2011 a été un des points forts des travaux de l'année sous revue. Le séminaire, qu'environ 150 personnes ont suivi, avait pour but de sensibiliser aux enjeux liés au financement et à la compensation des charges dans les agglomérations. En plus de l'étude élaborée par ecoplan & advokatur afs, sur mandat de la CTA, des exemples de la pratique ont été présentés puis classés par spécialités.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués à l'intégration (CDI)

Durant l'année sous revue, le secrétariat de la Conférence des délégués à l'intégration (CDI) a préparé trois assemblées au niveau national, trois séances du comité ainsi qu'une retraite du comité, la préparation et le suivi faisant également partie de ses tâches. De plus, il a participé à 10 rencontres des groupements régionaux dans toute la Suisse, ce qui a permis d'assurer le flux des informations entre les régions.

Au centre des travaux de la CDI figurait l'accompagnement des négociations entre le DFJP et la CdC au sujet des principes de la future collaboration Confédération-cantons au niveau de la promotion de l'intégration spécifique. Les délégués de la CDI ont été intégrés autant dans l'approfondissement de problématiques particulières que dans le cadre de la consultation sur le résultat des négociations. La fin des négociations a amené les questions concrètes de la réalisation au premier plan, en particulier celles liées aux enjeux du développement du programme cantonal d'intégration (PCI).

Au début de l'été, la CDI a adopté son programme de travail qui contient quatre points principaux : 1. Intensification de la collaboration avec les structures ordinaires, 2. Approfondissement des thèmes « Nouvelle immigration » et « Intégration dans le domaine de la petite enfance », 3. Accompagnement dans l'élaboration de programmes cantonaux d'intégration (PCI) et 4. Accompagnement critique du processus législatif au niveau fédéral.

En outre, la CDI s'est penchée sur le concept-cadre Promotion linguistique, sur la protection contre la discrimination ainsi que sur les sujets migration et de la santé publique.

Le secrétariat de la CDI a en outre pris part à différents ateliers et conférences de l'ODM, de la CFM, de la CTA, de la CSIAS, de l'Initiative des villes : politique sociale, ainsi qu'à la conférence annuelle des coordinateurs/-trices en matière d'asile. Il a souvent amené des contributions au niveau du contenu. En outre, le Comité CDI, sur invitation de l'ODM, a pris position sur le complément proposé de l'article 77 OASE (visant à obtenir une meilleure protection de victimes de violences domestiques) et a adopté, sur invitation de la CDIP une prise de position sur le projet « Transition » (Optimisation du passage Ecole obligatoire - Degré secondaire II).

3 Comptes

Les comptes annuels 2011 de la CdC avec des charges à hauteur de CHF 3'067'313.50 bouclent sur un excédent de charges de CHF 163'686.50, lequel est imputé à la créance des cantons conformément à la clé de financement. La créance des cantons se monte ainsi à CHF 870'074.33.

La révision des comptes annuels 2011 a été réalisée le 16 avril 2012 par le Contrôle des finances du canton de Soleure. Le rapport de l'organe de révision se trouve en annexe 5.

Comptes 2011

(révisés)

	Comptes 2011		Budget 2011		Comptes 2010	
	Charges	Revenus	Charges	Revenus	Charges	Revenus
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX	3'120'935.85	3'284'622.35	3'411'000.00	3'411'000.00	3'202'974.89	3'295'184.05
Personnel / Frais accessoires	2'471'288.93		2'589'000.00		2'540'345.70	
Matériel bureau / Imprimés	41'374.74		50'000.00		33'956.35	
Bureaux / Infrastructure	229'865.90		249'000.00		225'597.85	
Services	38'937.10		49'000.00		35'170.95	
Groupes de travail / Projets	254'165.41		310'000.00		221'023.69	
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	70'731.07		150'000.00		132'952.35	
Autres charges	14'572.70		14'000.00		13'928.00	
Contributions cantonales		3'231'000.00		3'231'000.00		3'199.000.00
Contributions CTA Confédération et communes		42'438.65		90'000.00		79'771.40
Autres revenus		11'183.70		0.00		16'412.65
Prélèvement selon clef de répartition des coûts				90'000.00		
Excédent de revenus	163'686.50			0.00	92'209.16	
Total charges	3'284'622.35		3'411'000.00		3'295'184.05	
Total revenus		3'284'622.35		3'411'000		3'295'184.05
Créance des cantons 31.12.2011	870'074.33					

Clé de financement 2011

(selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population recensement fédéral 2000	Clé 2000	Contributions cantonales 2011
Aargau	547'493	7.51%	242'721
Appenzell AR	53'504	0.73%	23'720
Appenzell IR	14'618	0.20%	6'481
Basel-Landschaft	259'374	3.56%	114'989
Basel-Stadt	188'079	2.58%	83'381
Bern / Berne	957'197	13.13%	424'355
Fribourg / Freiburg	241'706	3.32%	107'156
Genève	413'673	5.68%	183'394
Glarus	38'183	0.52%	16'928
Graubünden / Grischun / Grigioni	187'058	2.57%	82'929
Jura	68'224	0.94%	30'246
Luzern	350'504	4.81%	155'389
Neuchâtel	167'949	2.30%	74'457
Nidwalden	37'235	0.51%	16'507
Obwalden	32'427	0.44%	14'376
St.Gallen	452'837	6.21%	200'757
Schaffhausen	73'392	1.01%	32'537
Schwyz	128'704	1.77%	57'058
Solothurn	244'341	3.35%	108'324
Thurgau	228'875	3.14%	101'467
Ticino	306'846	4.21%	136'034
Uri	34'777	0.48%	15'418
Valais / Wallis	272'399	3.74%	120'763
Vaud	640'657	8.79%	284'023
Zug	100'052	1.37%	44'356
Zürich	1'247'906	17.12%	553'235
Total	7'288'010	100.00%	3'231'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

Anhänge / Annexes

Anhang 1 Organigramm KdK
Annexe 1 Organigramme CdC

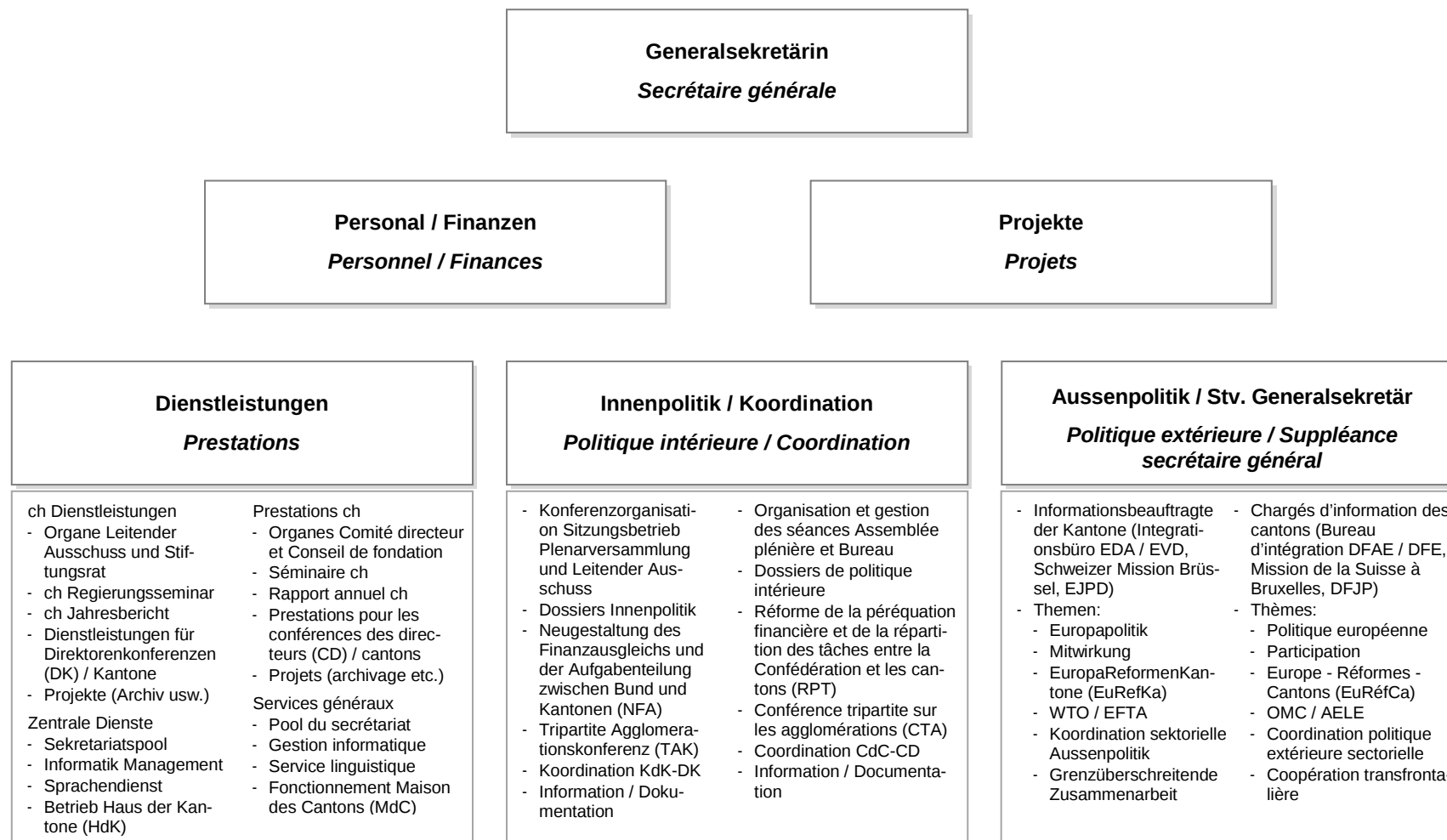
Anhang 2 Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (per 31.12.2011)
Annexe 2 Commissions et groupes de travail de la CdC (au 31.12.2011)

Anhang 3 Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (per 31.12.2011)
Annexe 3 Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (au 31.12.2011)

Anhang 4 Aktivitäten
Annexe 4 Activités

Anhang 5 Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5 Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK
Annexe 1 : Organigramme CdC



Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (per 31.01.2012)
Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (au 31.01.2012)

Politische Kommissionen / Commissions politiques

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz / **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement für Inneres und Militär, SG
présidence :

Mitglieder / **Erwin Jutzet**, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR
membres : **Philippe Leuba**, Conseiller d'Etat, Département de l'économie, VD
Sabine Pegoraro, Regierungsrätin, Sicherheitsdirektion, BL
Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU
Kurt Nuspliger, Staatsschreiber, Staatskanzlei, BE
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Sekretariat / **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
secrétariat :

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz / **Matthias Michel**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZG
présidence :

Mitglieder / **Regine Aeppli**, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
membres : **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG
Isabelle Chassot, Conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, FR
François Marthaler, Conseiller d'Etat, Département des infrastructures, VD
Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Elisabeth Baume-Schneider, Ministre, Département de la formation, de la culture et des sports, JU
Peter Hegglin, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZG
Andrea Bettiga, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Claude Nicati, Conseiller d'Etat, Département de la gestion du territoire, NE
Pierre-Yves Maillard, Conseiller d'Etat, Département de la santé et de l'action sociale, VD
Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin, Justiz- und Polizeidepartement, SG
Hans-Jürg Käser, Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektion, BE
Hans Diem, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR
Mario Fehr, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZH
Hanspeter Gass, Regierungsrat, Justiz- und Sicherheitsdepartement, BS
Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG
Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'économie, VD
Isaac Reber, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, BL
Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Isabel Rochat, Conseillère d'Etat, Département de la sécurité, de la police et de l'environnement, GE
Martin Graf, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Kathrin Hilber, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK

Sekretariat / *secrétariat* : **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK

Kommission Städte

Commission Villes

Vorsitz / *présidence* : **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS

Mitglieder / *membres* : **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Inneren, SG
Urs Hofmann, Regierungsrat, Departement Volkswirtschaft und Inneres, AG
Philippe Leuba, Conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Martin Graf, Regierungsrat, Departement der Justiz und des Innern, ZH
Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU
Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Sekretariat / *secrétariat* : **Thomas Minger**, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz / *présidence* : **Peter Schönenberger**, alt Regierungsrat, SG

Mitglieder / *membres* : **Roland Brogli**, Regierungsrat, Departement Finanzen und Ressourcen, AG
Hans Hoffmann, alt Ständerat und alt Regierungsrat, ZH
Willy Schnyder, alt Staatsrat, VS
Walter Suter, alt Regierungsrat, ZG
Bernard Ziegler, alt Staatsrat, GE

Sekretariat / *secrétariat* : **Walter Moser**, Fachstelle NFA, KdK

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: http://www.kdk.ch/int/kdk/de/kdk/k_u_d/arbgru.html

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse http://www.kdk.ch/int/kdk/fr/kdk/k_u_d.html

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Um-
présidence : welt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Isabelle Chassot**, Conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique, de la culture
présidence : et du sport, FR

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Susanne Hochuli**, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG
présidence :

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **François Marthaler**, Conseiller d'Etat, Département des infrastructures, VD
présidence :

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Ernst Stocker**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
présidence :

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Matthias Michel**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZG
présidence :

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Peter Hegglin**, Regierungsrat, Finanzdirektion, ZG

présidence :

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Elisabeth Baume-Schneider**, Ministre, Département de la formation, de la culture et

présidence : des sports, JU

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Karin Keller-Sutter**, Regierungsrätin, Sicherheits- und Justizdepartement, SG

présidence :

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Karin Keller-Sutter**, Regierungsrätin, Sicherheits- und Justizdepartement, SG

présidence :

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Philippe Leuba**, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD

présidence :

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Hans Diem**, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR

présidence :

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Claudius Graf-Schelling**, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG

présidence :

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)

Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Martin Graf**, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH

présidence :

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz / Vakant / vacant
présidence :

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique

Vorsitz / Roland Mayer, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
présidence :

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau technique de l'organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz / Roland Mayer, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
présidence :

Innenpolitik, Koordination / Politique intérieure, coordination

Technische Arbeitsgruppe Städte (TA Städte)
Groupe de travail technique Villes (GT Villes)

Vorsitz / Madeleine Meier, Leiterin Koordination Aussenbeziehungen, Justiz- und Sicherheits-
présidence : departement, LU

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz / Hans Ambühl, Generalsekretär, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erzie-
présidence : hungsdirektoren

Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo
Cellule de coordination technique de la CoSeCo

Vorsitz / Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
présidence :

Kerngruppe Weiterbildung der KoSeKo
Cellule de formation continue de la CoSeCo

Vorsitz / Walter Moser, Fachstelle NFA, KdK
présidence :

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)
Comité directeur Maison des cantons (CD MdC)

Vorsitz / Andreas Huber-Schlatter, Generalsekretär, FDK
présidence :

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (per 03.02.2012)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (au 03.02.2012)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:

http://www.kdk.ch/int/kdk/de/kdk/k_u_d/delegationen_in_nationalen.html

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse

http://www.kdk.ch/int/kdk/fr/kdk/k_u_d/delegationen_in_nationalen.html

Aussenpolitik / Politique extérieure

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Assemblée des Régions d'Europe

Vorsitz / **Michèle Sabban**, Vice-présidente Ile-de-France, France

présidence :

KdK- **Josef Keller**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdepartement, SG

Delegation / **Beat Vonlanthen**, Conseiller d'Etat, Direction de l'économie et de l'emploi, FR

délégation **Urs Wüthrich-Pelloli**, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL
CdC :

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz / **Keith Whitmore**, Vorsitzender des Institutionellen Ausschusses und der Unabhängigen und Liberalen Demokraten, Vereinigtes Königreich

présidence :

KdK- **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG

Delegation / **Philippe Leuba**, Conseiller d'Etat, Département de l'Intérieur, VD

délégation **Philippe Receveur**, Ministre, Département de la santé, des affaires sociales et des

CdC : **ressources humaines, JU**

Heinz Tännler, Regierungsrat, Baudirektion, ZG

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL

Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Innenpolitik / Politique intérieure

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz / **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidentsdepartement, BS

présidence :

KdK- **Norman Gobbi**, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI

Delegation / **Martin Graf**, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH

délégation **Béatrice Métraux**, Conseillère d'Etat, Département de l'intérieur, VD

CdC : **Christoph Neuhaus**, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE

Maurice Ropraz, Conseiller d'Etat, Département de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR

Stefan Sutter, Regierungsrat, Bau- und Umweltsdepartement, AI

Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin, Direktion des Innern, ZG

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz / **Eveline Widmer-Schlumpf**, Bundesrätin, Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

présidence :

KdK- **Rainer Gonzenbach**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG

Delegation / **François Marthaler**, Conseiller d'Etat, Département des infrastructures, VD

délégation **Marcel Schwerzmann**, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

CdC :

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV / IV-Kommission)

Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz / **Ruth Lüthi**, alt Staatsrätin, FR

présidence :

KdK- **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG

Delegation / **Jürg Wernli**, Regierungsrat, Departement Inneres und Kultur, AR

délégation

CdC :

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz / **Benno Schneider**, Rechtsanwalt, SG

présidence :

KdK- **Erwin Jutzet**, Conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR

Delegation /

délégation

CdC :

Projektorganisation Raumkonzept Schweiz – politische Ebene

Organisation de projet Projet de territoire suisse – niveau politique

Vorsitz / **Doris Leuthard**, Bundesrätin, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,

présidence : Energie und Kommunikation UVEK

KdK- **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS

Delegation / **Walter Straumann**, Regierungsrat, Bau- und Justizdepartement, SO

délégation **Heinz Tännler**, Regierungsrat, Baudirektion, ZG

CdC : **Beat Vonlanthen**, Conseiller d'Etat, Direction de l'économie et de l'emploi, FR

Kurt Zibung, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdepartement, SZ

Anhang 4: Aktivitäten

Annexe 4 : Activités

Sitzungen der Organe der KdK / *Séances des organes de la CdC*

11.02.2011	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
18.03.2011	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
13.05.2011	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
24.06.2011	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
01.09.2011	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
30.09.2011	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
04.11.2011	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
16.12.2011	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen / *Conférences de presse*

05.07.2011	Medienkonferenz Europapolitik – innerstaatlicher Reformbedarf / <i>Conférence de presse Politique européenne – besoin de réformes internes</i>
23.11.2011	Gemeinsame Medienkonferenz EJPD – KdK zu Integration / <i>Conférence de presse commune DFJP – CdC sur l'intégration</i>

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen / *Séances des commissions politiques et groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

03.02.2011	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
08.02.2011	Technische Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland / <i>Groupe de travail technique Cantons frontaliers Suisse – Allemagne</i>
17./18.02.2011	Klausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque politique CdC - Conférences des directeurs</i>
21.02.2011	Arbeitsgruppe EuRefKa / <i>Groupe de travail EuRéfCa</i>
24.02.2011	Europakommission der KdK / <i>Commission Europe de la CdC</i>
16.03.2011	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
17.03.2011	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / <i>Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC</i>
27.04.2011	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
27.04.2011	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
10.05.2011	Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der KdK / <i>Groupe de travail Libre circulation des personnes de la CdC</i>
07.06.2011	Sitzung der Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
01.07.2011	Kommission Städte / <i>Commission Villes</i>
17.08.2011	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
26.10.2011	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
11.11.2011	Kommission Städte / <i>Commission Villes</i>
21.11.2011	Europakommission der KdK / <i>Commission Europe de la CdC</i>
30.11.2011	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
05.12.2011	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / <i>Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC</i>

07.12.2011 Sitzung der Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / *Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales*

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone / *Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons*

14.01.2011 Politisches Treffen Bund – Kantone zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik / *Rencontre politique Confédération – cantons sur le développement de la politique d'intégration*

17.02.2011 Treffen Vorsteherin EDA und Vorsteher EVD – Delegation der KdK: Europapolitik / *Rencontre cheffe du DFAE et chef du DFE – délégation de la CdC : politique européenne*

07.03.2011 Stammtisch der Kantone / *Stammtisch des cantons*

14.03.2011 Treffen Büro Ständerat / *Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats*

18.03.2011 Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / *Dialogue confédéral Confédération – cantons*

15.04.2011 Treffen Vorsteherin EJPD – KdK-Präsidium betreffend Grundlagen zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bereich der spezifischen Integrationsförderung / *Rencontre cheffe du DFJP – présidence de la CdC concernant les bases du développement futur de la collaboration Confédération-cantons dans le domaine de la promotion de l'intégration spécifique*

26./27.05.2011 3. Nationale Föderalismuskonferenz / *Troisième Conférence nationale sur le fédéralisme*

06.06.2011 Stammtisch der Kantone / *Stammtisch des cantons*

05.07.2011 Treffen Vorsteherin EDA und Vorsteher EVD – Delegation KdK: Information des Bundesrates über die Beschlüsse der Kantone in Sachen innerstaatlicher Reformbedarf / *Rencontre cheffe du DFAE et chef du DFE – délégation de la CdC : information du Conseil fédéral sur les décisions des cantons concernant le besoin de réformes internes*

08.07.2011 Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / *Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »*

06.09.2011 Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / *Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »*

19.09.2011 Stammtisch der Kantone / *Stammtisch des cantons*

12.10.2011 Treffen Vorsteherin EJPD, Vorsteherin EDA, Vorsteher EDI – Delegation KdK zum Thema Muslim-Dialog / *Rencontre cheffe de la DFJP, cheffe du DFAE, chef du DFI – délégation de la CdC sur la question du Dialogue avec les musulmans*

25.10.2011 Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / *Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »*

04.11.2011 Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / *Dialogue confédéral Confédération – cantons*

18.11.2011 Treffen Büro Ständerat / *Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats*

- 21.11.2011 Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / *Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »*
- 12.12.2011 Stammtisch der Kantone / *Stammtisch des cantons*
- 13.12.2011 Gemeinsame technische Arbeitsgruppe Bund – Kantone zum Thema "Umsetzung Bundesrecht durch die Kantone" / *Groupe de travail technique commun Confédération – cantons intitulé « Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons »*

Sitzungen im Rahmen der Mandate / Séances en lien avec les mandats

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) / *Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)*

29.03.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
04.05.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
10.05.2011	Medienkonferenz der TAK zur 2. Nationalen Integrationskonferenz / <i>Conférence de presse de la CTA sur la deuxième Conférence nationale sur l'intégration</i>
16.05.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
01.07.2011	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>
22.09.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
31.10.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
11.11.2011	Tripartite Agglomerationskonferenz / <i>Conférence tripartite sur les agglomérations</i>
07.12.2011	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) / *Conférence des délégués à l'intégration (CDI)*

09.02.2011	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
16./17.03.2011	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
13.04.2011	Retraite KID-Vorstand / <i>Retraite Comité CDI</i>
19.05.2011	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
08.06.2011	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
21.09.2011	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
17.11.2011	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>

Anhang 5: Bericht der Revisionsstelle Annexe 5 : Rapport de l'Organe de révision

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 06
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision

**an den Stiftungsrat
der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Solothurn
zur Jahresrechnung 2010**

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung 2010 (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit für das am 31.12.2010 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Über die Teilrechnung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wird separat Bericht erstattet. Die finanziellen Erläuterungen und die im Jahresbericht publizierten Zahlen waren nicht Gegenstand unserer Prüfung.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist eine Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse grundsätzlich nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verbuchung des Bilanzgewinnes nicht Gesetz und Statuten entsprechen.

Wir stellen ferner fest, dass sämtliche Stiftungsmittel weder belehnt, noch verpfändet und somit frei verfügbar sind.

Solothurn, 28. April 2011


Kantonale Finanzkontrolle

G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin



B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor

H:\4102CHST\2010\4102chst-11_bb_ch01.doc



Konferenz der
Kantonsregierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach 444
3000 Bern 7

Telefon 031 320 30 00
Fax 031 320 30 20

mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale 444
3000 Berne 7

Téléphone 031 320 30 00
Fax 031 320 30 20

mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza dei
governi cantonali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale 444
3000 Berna 7

Telefono 031 320 30 00
Fax 031 320 30 20

mail@kdk.ch
www.kdk.ch